Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ostdeutschland Plädoyer für eine doppelte Vergleichsperspektive

Stefan Liebig und Roland Verwiebe*

Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Unter den Linden 6, D-10099 Berlin

Zusammenfassung: Die Transformationsforschung hat in den vergangenen Jahren die Entwicklung in Ostdeutschland vor allem aus einer innerdeutschen Perspektive beleuchtet. Besonders auffällig sind die Nachteile eines derartigen Vorgehens in der Einstellungsforschung. Dort werden ostdeutsche Abweichungen von westdeutschen Einstellungsmustern relativ schnell mit Begriffen wie „Altlasten des sozialistischen Systems“ oder „ostdeutsche Sondermentalität“ erklärt. Im ersten Teil des Aufsatzes wird dargelegt, warum ostdeutsche Einstellungsmuster nur dann adäquat gedeutet werden können, wenn sie mit denen in Westdeutschland und denen in den anderen Transformationsländern verglichen werden. Der Ertrag einer derartigen doppelten Vergleichsperspektive wird im zweiten, empirischen Teil anhand von Daten des International Social Justice Projects (ISJP) aufgezeigt. Dazu werden Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ostdeutschland aus den Jahren 1991 und 1996 mit denen in Westdeutschland und in vier osteuropäischen Transformationsländern verglichen.

Mit dem Umzug der Bundesregierung vom linksrheinischen Bonn ins ostelbische Berlin verlagert sich auch das politische Zentrum der Bundesrepublik weiter nach Osten. Die Berliner Republik muß deshalb nicht in dem Sinne *östlicher* werden, wie der erste und zugleich letzte frei gewählte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, dies annahm (Gross 1997). Zumindest in einem Aspekt ist die Bundesrepublik aber „östlicher“ geworden: Sie hat seit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 eine gemeinsame Aufgabe mit ihren östlichen Nachbarn: Sie mußte in den letzten Jahren den Übergang von einem sozialistisch-planwirtschaftlichen zu einem demokratisch-marktwirtschaftlichen System gestalten. Folglich mußte man Deutschland streng genommen in den Kreis der osteuropäischen Transformationsländer einreihen – eine Schlußfolgerung, die in der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre allenfalls am Rande aufgetaucht ist. Statt dessen werden bislang die Veränderungen in Ostdeutschland primär unter dem Aspekt der Angleichung an westdeutsche Verhältnisse diskutiert. Nicht die Vollendung eines *Systemwechsels*, sondern die Vollendung der *inneren Einheit* (Kaase 1993), nicht

Transformation, sondern *Integration* sind offenbar die Aufgaben, die auf der Tagesordnung der neuen Bundesrepublik stehen.

Die bundesdeutsche Transformationsforschung hat diese Sichtweise weitgehend übernommen. Auch hier wurde der gesellschaftliche Wandel in erster Linie als *Integrations-* und weniger als *Transformationsprozeß* beleuchtet. Die kulturellen Gemeinsamkeiten, die relativ gute ökonomische Situation der DDR und vor allem die von Anfang an klar umrissene Ausrichtung des Systemwechsels als Anpassung an westdeutsche Verhältnisse waren offenbar ausreichend, die ostdeutsche Entwicklung von den Transformationsprozessen in Mittel- und Osteuropa abzukoppeln (Offe 1994). Die Folgen einer derartigen Perspektive werden vor allem in der Einstellungsforschung sichtbar. Denn auch nach zehn Jahren intensiver Forschung ist immer noch unklar, ob und in welchem Ausmaß sich die Ostdeutschen in ihren Einstellungen von den Westdeutschen unterscheiden und welche Ursachen für den einen oder anderen Unterschied verantwortlich gemacht werden können. Am augenfälligsten werden die Nachteile einer bundesdeutschen Nabelschau, wenn auf der Grundlage eines bloßen Vergleichs von Ost- und Westdeutschland Einstellungen zur sozialen Ungleichheit als eine „Altlast“ der DDR oder als „ostdeutsche Sondermentalität“ interpretiert werden. Vor diesem Hintergrund wollen wir im Folgenden zeigen, daß die bundesdeutsche Transformationsforschung gut beraten ist, ihre Forschungsperspektive auch auf die osteuropäischen

* Die in diesem Aufsatz verwendeten Umfragedaten wurden durch das International Social Justice Project (ISJP) erhoben. Der deutsche Teil dieses Projektes wird von Bernd Wegener geleitet und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert. Für Anregungen und Kritik danken wir Bernd Wegener, Holger Lengfeld, Bodo Lippil und drei Gutachtern dieser Zeitschrift.

Transformationsländer zu erweitern. Am Beispiel von Einstellungen zur sozialen Ungleichheit läßt sich nämlich zeigen, daß erst mit Hilfe einer doppelten Vergleichsperspektive – also dem Vergleich mit Westdeutschland *und* den osteuropäischen Transformationsländern – innerdeutsche Einstellungsunterschiede angemessener beurteilt und erklärt werden können.

1. Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ostdeutschland: Erbe oder Erfahrung?

Von Beginn an besteht in der bundesdeutschen Transformationsforschung Uneinigkeit darüber, ob und in welchem Maße die Einstellungen der Ostdeutschen von denen der Westdeutschen abweichen. Einige Autoren interpretieren dabei jeden noch so kleinen Unterschied in den Wertorientierungen oder politischen Einstellungen als einen Hinweis auf die weiterhin bestehende „innere Mauer“ (Fuchs 1997; Fuchs/Roller/Weßels 1997; Kaase/Bauer-Kaase 1998; Veen 1997; Westle 1994, 1997). Andere stellen zwar genauso Abweichungen fest, schätzen aber die Unterschiede weniger dramatisch ein. Aus ihrer Sicht sind es nämlich nicht „die Ostdeutschen“, die sich in ihrer Gesamtheit von den Westdeutschen abheben, sondern lediglich bestimmte Bevölkerungsgruppen – man könne deshalb auch nicht von einer „inneren Mauer“ sprechen (Walz/Brunner 1997; Wegener/Liebig 1998). Eine ähnliche Schlußfolgerung ziehen diejenigen, die bereits seit 1990 nur marginale Unterschiede finden (Bauer 1991; Braun 1993; Braun/Borg 1998) oder aus den Umfragedaten eher eine schrittweise Angleichung der beiden Landesteile herauslesen (Häder 1998).

Ganz besonders disparat ist der Forschungsstand dort, wo es um Einstellungen zur sozialen Ungleichheit geht. Dies wiegt um so schwerer, als es sich hier um einen Einstellungsbereich handelt, dem im gesamten mittel- und osteuropäischen Transformationsprozeß eine gewisse Schlüsselrolle zukommt. Denn die Zunahme sozialer Ungleichheiten wird einhellig als eine der wesentlichen Folgen der Veränderungen in den ehemals sozialistischen Staaten angesehen. Da der Fortgang des ökonomischen und politischen Umbaus zu einem guten Teil auch von der Zustimmung der Bürger in diesen Ländern abhängt, ist die Frage nach der Legitimität der neu entstehenden sozialen Ungleichheiten in gewisser Weise zentral (Linz/Stepan 1996; Merkel 1993; Offe 1994). Auskunft darüber geben die in der Bevölkerung vorfindbaren Einstellungen zur sozialen Un-

gleichheit. Denn zum einen wird darin deutlich, wie die Bürger der Transformationsländer die Zunahme sozialer Ungleichheiten wahrnehmen, und zum anderen kommen darin die normativen Erwartungen zum Ausdruck, die an den weiteren Umbau der Gesellschaft geknüpft werden. Gerade deshalb werden Einstellungen zur sozialen Ungleichheit auch in der bundesdeutschen Transformationsforschung als Gradmesser für den Stand des Einigungsprozesses zwischen beiden Teilen Deutschlands angesehen. Doch besteht wenig Klarheit darüber, in welchem Ausmaß zwischen Ost- und Westdeutschland Unterschiede bestehen, noch ist entschieden, womit eventuelle Unterschiede erklärt werden können.

Wenn man so will, stehen sich dabei Vertreter der „Sozialisations-“ und der „Situations- bzw. Erfahrungshypothese“ gegenüber. Vertreter der „Sozialisationshypothese“ wie z. B. Max Kaase und Petra Bauer-Kaase (1998) weisen darauf hin, daß die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen bei der Wahrnehmung und Beurteilung sozialer Ungleichheit sozialisationsbedingt sind. Die Abweichung von westdeutschen Einstellungsmustern gilt dabei als Ausdruck des Festhaltens an sozialistischen Idealen und wird als Zeichen einer andauernden Wirksamkeit von Ideologie und Erziehung der DDR interpretiert (Feist 1991; Kaase/Bauer-Kaase 1998; Offe 1994; Wiesenthal 1996). Weil in der DDR normative Standards vermittelt wurden, die im Kern ungleichheitskritisch waren, fordern die Ostdeutschen auch jetzt noch eine starke Rolle des Staates bei der Absicherung individueller Risiken, und sie sprechen sich viel deutlicher als die Westdeutschen für ein geringeres Ausmaß an sozialer Ungleichheit aus (Braun/Kolosi 1994; Fuchs 1997; Roller 1997; Arzheimer/Klein 1997).

Diese Interpretation ist nicht unwidersprochen geblieben. Eine inzwischen wachsende Gruppe von Forschern nimmt die entgegengesetzte Position ein (Pickel et al. 1998; Pollack 1996, 1998; Pollack/Pickel 1998; Braun 1998; Noll 1998; Zelle 1998). So stellt Heinz-Herbert Noll (1998) zwar ein beachtliches Defizit in der Akzeptanz und Legitimation sozialer Ungleichheit in Ostdeutschland fest, doch ist dies aus seiner Sicht als Antwort auf die spezifischen Erfahrungen im Transformations- und Vereinigungsprozeß zu verstehen. In ähnlicher Weise argumentieren Detlef Pollack und Gerhard Pickel (1998). Für sie haben sich die oft beschworenen Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen erst im Verlauf des Einigungsprozesses herausgebildet. Sie sprechen deshalb von einer „ostdeutschen Sondermentalität“, die weniger die Folge der DDR-Sozialisation, als vielmehr eine Reaktion

auf die ökonomische und kulturelle Unterprivilegierung der Ostdeutschen im Verlauf der Vereinigung ist (Pollack/Pickel 1998: 22; Pickel et al. 1998): „Erfahrungen aus [den] Transformationsfolgen verbinden sich mit dem Gefühl mangelnder Anerkennung und Abwertung durch die Westbürger und bedingen die spezifischen politischen Einstellungen“ (Pickel et al. 1998: 159).

Auch wenn beide Standpunkte für sich genommen durchaus attraktiv erscheinen, so können sie nicht wirklich überzeugen – und zwar deshalb nicht, weil sie mit dem Gros der bundesdeutschen, auf Einstellungen bezogenen Transformationsforschung drei Schwächen teilen: *Erstens* beleuchten sie relativ undifferenziert alle möglichen Einstellungsbereiche, ohne im voraus zu klären, wo überhaupt Unterschiede oder Ähnlichkeiten zu erwarten sind. *Zweitens* stützen sie sich in ihren Interpretationen in der Regel auf aggregierte Daten, ohne dabei sozialstrukturelle Unterschiede und die damit verbundenen unterschiedlichen Erfahrungen im Transformationsprozeß zu beachten. Und *drittens* verzichten sie darauf, die Besonderheit ostdeutscher Einstellungen nicht nur in Hinsicht auf Westdeutschland, sondern auch im Vergleich zu den anderen Transformationsgesellschaften aufzuzeigen. Diese Punkte werden wir im folgenden zunächst auf der argumentativen Ebene verdeutlichen. Daran anschließend werden wir die drei Kritikpunkte mit Hilfe empirischer Daten untermauern. Wir werden dazu erstens klären, in welchen Einstellungsbereichen wir überhaupt Veränderungen in Ostdeutschland erwarten können. Zweitens zeigen wir auf, welche sozialstrukturellen Merkmale – aufgrund der damit verbundenen spezifischen „Erfahrungen“ im Vereinigungsprozeß – für innerdeutsche Einstellungsunterschiede von Bedeutung sein können. Drittens werden wir einen konzeptionellen Rahmen vorstellen, der uns Auskunft über die zu erwartenden Einstellungsmuster in Ostdeutschland geben kann. Die daraus ableitbaren Annahmen über Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ostdeutschland werden wir dann anhand von Umfrageergebnissen überprüfen. Als Grundlage dienen uns Bevölkerungsumfragen, die im Rahmen des International Social Justice Projects (ISJP) in den Jahren 1991 und 1996 in Ost- und Westdeutschland, Rußland, Bulgarien, Ungarn und der Tschechischen Republik erhoben wurden.

2. Einstellungen zur sozialen Ungleichheit im innerdeutschen Vergleich

Betrachten wir die beiden Erklärungsansätze – die „Sozialisationshypothese“ und die „Erfahrungshypothese“ – etwas genauer, so können wir mindestens drei Gemeinsamkeiten feststellen: Erstens gehen beide von einer grundsätzlichen Verschiedenheit der Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ost- und Westdeutschland aus. Dabei versäumen es die Vertreter beider Positionen, sich vor der Inspektion der Daten zunächst zu fragen, welche Unterschiede oder Gemeinsamkeiten in welchen Einstellungsbereichen überhaupt plausibel sind. Es ist nämlich durchaus denkbar, daß sich Anpassungsprozesse zwischen beiden Landesteilen allein schon deshalb einstellen, weil die Einstellungsobjekte selbst ähnlich werden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn Personen Einstellungen zur Verteilung von Einkommen und Vermögen äußern. In dem Maße, wie sich in beiden Landesteilen die faktischen Einkommens- und Vermögensverhältnisse angleichen, ist deshalb über die Zeit hinweg auch mit einer Annäherung der Einstellungen zu rechnen.

Zweitens stützen sich die Vertreter beider Lager in der Regel auf aggregierte Daten. Relative Häufigkeiten und Mittelwerte werden einander gegenübergestellt, um Einstellungen entweder als sozialisationsbedingt oder als transformationsbezogen zu kennzeichnen. Doch die Stabilität oder die Veränderung im Aggregat ist nicht notwendigerweise ein Beleg für die eine oder andere Hypothese. Stellt man sich nämlich auf den Standpunkt der Sozialisationshypothese, so sind Veränderungen in Ostdeutschland durchaus zu erwarten. Sie ergeben sich dann, wenn im Zeitverlauf neue Alterskohorten – die über keine DDR-Sozialisation verfügen – in die Analysestichproben aufgenommen werden. Da sie ein anderes Einstellungsprofil haben müßten als die älteren Kohorten, würde sich daraus auch ein Wandel der aggregierten Mittelwerte oder relativen Häufigkeiten ergeben. Demgegenüber kann auch die Erfahrungshypothese nicht allein über die Veränderung aggregierter Einstellungsmuster untermauert werden. Denn die Unterschiedlichkeit der Erfahrungen im Verlauf der Transformation – ob man sich beispielsweise zu den „Gewinnern“ oder den „Verlierern“ der Einheit rechnet – kann bei den einen zu einer Stabilität, bei den anderen zu einem Wandel von Einstellungen führen. Um derartige Unterschiede feststellen zu können, muß man die Aggregatanalyse verlassen und das Antwortverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen in den Blick nehmen.

Die dritte, und für uns entscheidende Gemeinsamkeit besteht darin, daß beide Erklärungen lediglich auf einem innerdeutschen Vergleich beruhen. Damit werden Regelmäßigkeiten oder verallgemeinerbare Aussagen letztlich aus der Beobachtung eines Einzelfalles abgeleitet. Eine derartige Einzelfallanalyse erlaubt es aber nicht, die Stabilität von Einstellungen aus DDR-Zeiten oder deren Veränderung adäquat einschätzen zu können (Küchler 1998; Reißig 1994, 1995). Dazu bedarf es einer breiteren Vergleichsbasis. Dies kann an zwei Problemzusammenhängen verdeutlicht werden.

Bereits Pollack (1998) erinnerte die Vertreter der Sozialisationshypothese daran, daß es auch in Ostdeutschland nicht zwingend sei, von den offiziellen ideologischen Prinzipien auf die faktisch sozialisierten Inhalte zu schließen. Denn es hätten sich – quer zur „offiziellen“ Lesart – relativ eigenständige Strukturen etabliert, durch die die Versuche, die marxistisch-leninistische Ideologie als einziges Deutungssystem zu etablieren, in gewisser Weise gebrochen wurden. Die Einzelnen konnten sich durchaus dem Zugriff des Staates entziehen bzw. sich kritisch mit den zu sozialisierenden Inhalten auseinandersetzen. Freilich ist damit die Unwirksamkeit der ideologischen Inhalte in keinsten Weise nachgewiesen. Erst ein Vergleich der ostdeutschen mit der Situation in den übrigen postsozialistischen Ländern kann über die Bedeutung des „sozialisierten Sozialismus“ nähere Auskunft geben. Trotz aller Unterschiede finden wir dort zumindest vergleichbare Konstellationen: *vor* dem Zusammenbruch des Staatssozialismus eine offiziell vorangetriebene und in ihren Inhalten mehr oder weniger ähnliche Vermittlung marxistisch-leninistischer Ideologeelemente; *nach* dem Zusammenbruch eine rapide Veränderung der politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen individuellen Handelns. Wenn wir an der Wirksamkeit einer „sozialistischen“ Sozialisation für heutige Einstellungsmuster in Ostdeutschland festhalten wollen, so müßte sich dies auch für alle anderen osteuropäischen Staaten zeigen lassen.

Auch die Annahme einer ostdeutschen Sondermentalität ist, sofern sie allein mit innerdeutschen Vergleichsdaten gestützt werden soll, höchst problematisch. Versteht man Einstellungsunterschiede als Reaktion auf den Transformationsprozeß, so resultiert daraus nicht zwingend eine „Sondermentalität“. Denn genauso wie die Vertreter der Sozialisationshypothese die durchaus ambivalenten Sozialisationsbedingungen in der DDR ausblenden, so werden hier die neuen Bundesländer von der Entwicklung in den übrigen Transformationslän-

dern abgekoppelt. Von einer „ostdeutschen Sondermentalität“ läßt sich nämlich ernsthaft nur dann reden, wenn wir zeigen können, daß sich in Ostdeutschland Entwicklungen vollziehen, die im Vergleich zu den übrigen osteuropäischen Ländern eine eigene Qualität haben. Beispielsweise dann, wenn sich im Zuge des Institutionentransfers des *ready-made-state* (Rose/Haerpfer 1996; Wiesenthal 1996, 1997) in Ostdeutschland eine Angleichung des gesellschaftlichen Umfeldes und damit auch eine Anpassung der Erfahrungen zwischen Ost- und Westdeutschen ergibt. Wir müssen also fragen, ob die ostdeutschen Einstellungen „spezifisch ostdeutsche Abweichungen“ sind, oder ob es sich dabei um Einstellungsmuster handelt, die für den Übergang von einer sozialistisch-planwirtschaftlichen zu einer demokratisch-marktwirtschaftlichen Ordnung typisch sind. Um diese Fragen beantworten zu können, müssen die osteuropäischen Transformationsländer in die Betrachtung eingeschlossen und die bisherige Forschungsperspektive erweitert werden (Reißig 1994, 1997).

3. Einstellungsbereiche, soziale Differenzierung und doppelte Vergleichsperspektive

Was wir aus den Einwänden gegen die beiden diskutierten Erklärungsmuster schließen können, ist, erstens, daß wir klären müssen, in welchen Einstellungsbereichen überhaupt Ähnlichkeiten oder Unterschiede zu erwarten sind. Zweitens müssen wir – wenn wir die „Erfahrungshypothese“ ernst nehmen – die Erfahrungen unterschiedlicher sozialer Gruppen in Ostdeutschland angemessen berücksichtigen. Schließlich können wir nur auf der Grundlage einer „doppelten Vergleichsperspektive“ entscheiden, welche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bedeutsam und welche Ursachenzuschreibungen sinnvoll sind.

3.1 Ergebnis- und ordnungsbezogene Einstellungsbereiche

Was die Unterscheidung von Einstellungsbereichen anbelangt, so wollen wir einer Klassifikation folgen, die sich in der empirischen Gerechtigkeitsforschung seit geraumer Zeit als sinnvoll erwiesen hat. Einstellungen zur sozialen Ungleichheit lassen sich nämlich entsprechend ihrem Einstellungsobjekt unterscheiden. Dies können (1) die Ergebnisse der gesellschaftlichen Güterverteilung sein oder (2) die

Regeln bzw. die Ordnung, nach denen diese Verteilungen vorgenommen werden (Wegener 1992; Liebig 1997). Im ersten Fall stehen konkrete Verteilungsergebnisse im Mittelpunkt, etwa dann, wenn der Anteil an armen Menschen, das Ausmaß an Einkommensungleichheit oder die faktischen Einkommen verschiedener Personengruppen eingeschätzt werden. Davon zu unterscheiden sind Einstellungen, in denen sich Personen zu den Normen oder den institutionellen Arrangements der gesellschaftlichen Güter- und Positionsverteilung äußern. Hier ist das Einstellungsobjekt nicht ein faktisches Verteilungsergebnis, sondern Werte, Normen oder ganz allgemein die institutionelle Ordnung der Gesellschaft.

Diese Trennung von *ergebnis-* und *ordnungsbezogenen* Einstellungen wird dann wichtig, wenn wir Einstellungsänderungen in Ost- und Westdeutschland untersuchen. Jeder dieser Einstellungsbereiche ist nämlich in unterschiedlichem Maß von den gesellschaftlichen Strukturbedingungen bestimmt. Dies ergibt sich unmittelbar aus der Art des Einstellungsobjekts. Denn um ergebnisbezogene Einstellungen zu formulieren, können sich die Urteilenden in der Regel von allgemein verbindlichen und in ihrer Quantität meßbaren Größen leiten lassen. Geht es beispielsweise um Einstellungen zur Verteilung von Einkommen, so orientieren sich die Urteilenden an einem allgemeinen Bezugssystem, eben den Währungsbeträgen. Bei ordnungsbezogenen Einstellungen ist dies nicht in gleicher Weise möglich. Denn weder die faktische noch die wünschenswerte Geltung einer Norm ist über ähnlich standardisierte Maßeinheiten wie Geldbeträge zugänglich. Es ist deshalb anzunehmen, daß ergebnisbezogene Einstellungen viel stärker von den faktischen Verhältnissen bestimmt werden, als dies für ordnungsbezogene Einstellungen gilt. Deshalb erwarten wir auch bei ergebnisbezogenen Einstellungen eine viel raschere Anpassung der Ostdeutschen an die westdeutschen Einstellungsmuster. Dies ergibt sich unmittelbar aus der Übertragung der westdeutschen Institutionenstruktur und der damit einhergehenden Angleichung der gesellschaftlichen Güterverteilung (Geißler 1996; Bulmahn 1996; Hauser/Wagner 1997; Hauser 1999). In dem Maße wie den Ostdeutschen ähnliche Standards wie den Westdeutschen verfügbar sind, können diese auch Grundlage ihrer ergebnisbezogenen Einstellungen werden.

3.2 Soziale Differenzierung

Eines der zentralen Ergebnisse der Transformationsforschung besteht darin, daß die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Osteuropa alles andere als einheitlich sind. Überblickt man Verlauf und Folgen der Transformation in den ehemals sozialistischen Ländern, so kristallisieren sich *drei* Gruppen heraus. Der ostdeutsche Transformationsfall zeichnet sich im Vergleich zu allen anderen durch einige Besonderheiten aus. Die Transformation vollzog sich als Beitritt zum *ready-made-state* der Bundesrepublik, mit institutionellen und finanziellen Transfers von westdeutscher Seite und dem drastischen Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen (Rose/Haerpfer 1996; Wiesenthal 1996; Mayer 1996). Charakteristisch ist die Gerichtetheit der Wandlungsprozesse bei als bekannt vorausgesetztem Ziel, eine relative Kurzfristigkeit und eine umfassende soziale Abfederung (Reißig 1997; Pickel 1998; Offe 1994). Neben dem Sonderfall Ostdeutschland gelten Tschechien und Ungarn gemeinhin als die Beispiele für eine gelungene Transformation. Die institutionellen Restrukturierungsprozesse sind weitgehend abgeschlossen und die Stabilität des Transformationsprozesses ist relativ hoch. Tschechien und Ungarn können damit auf eine vergleichsweise erfolgreiche Reformpolitik verweisen und verzeichnen in Hinblick auf wichtige Makroindikatoren – Entwicklung des Bruttosozialprodukts, Inflation, Pro-Kopf-Einkommen – eine positive Transformationsbilanz (Andorka 1992; Müller 1998; OECD 1996). Im Gegensatz dazu ist der gesellschaftliche Umbau in Rußland und Bulgarien durch starke Friktionen und hohe Instabilität gekennzeichnet. Inzwischen tritt immer deutlicher zu Tage, daß mangelnde Kontinuität und Entschlossenheit bei der Etablierung von Marktstrukturen und der Durchsetzung institutioneller Reformen den Erfolg der Transformation in beiden Ländern stark beeinträchtigt haben. Bestes Beispiel dafür sind die beträchtlichen Schwierigkeiten, einen soliden ökonomischen Restrukturierungsprozeß in Gang zu bringen und die binnenwirtschaftliche Ungleichgewichte zu beseitigen (Verwiebe 1999; Macków 1999). Der Verlauf der Transformation in diesen Ländern zeigt zudem, daß „graduelle“ Reformansätze risikoreich sind und teilweise sogar zeitverzögert zusätzliche soziale Probleme hervorrufen können (Elster et al. 1998; Höpken 1995; Quaisser 1997; OECD 1997; Zaslavskaja 1997).

Für alle diese Länder gilt, daß die Transformation zu einem substantiellen Umbau des sozialen Gefü-

ges geführt hat. Die herausragenden Kennzeichen dieses Wandels sind umfassende Prozesse der sozialen Differenzierung. Sie äußern sich in einer Zunahme der institutionellen Differenzierung, einer Auflösung relativ homogener sozialer Lagen und in einer Abkehr von Verteilungsmechanismen, die sich am Ideal der Gleichheit und des Bedürfnisses orientierten (Angel/Rands 1996; Cornia 1996; Spéder et al. 1997; Hanley/Szelenyi 1998). Damit hat sich der soziale Kontext der Personen grundlegend verändert. Dies wird vor allem in der Entwicklung der Einkommensverteilung nach 1989 deutlich. Denn die Einkommensungleichheit in den osteuropäischen Transformationsländern ist heute zum Teil größer als in den entwickelten kapitalistischen Ländern des Westens, bei teilweise rapide sinkenden Realeinkommen und nur mangelnder sozialpolitischer Absicherung (Illner 1998; Milanovic 1996; Müller 1998; Standing 1996).

Da im Zuge dieser Entwicklung einzelne soziale Problemlagen eine beträchtliche Dynamik entfalten, tritt eine Differenzierung der subjektiven Erfahrung des gesellschaftlichen Umbaus ein. Eine wesentliche Bestimmungsgröße scheint zu sein, ob sich Personen zu den Gewinnern oder zu den Verlierern der Transformation zählen. So sind gerade ältere Menschen und Frauen seit Beginn der Transformation mit einem erhöhten sozialen Risiko konfrontiert. Die Älteren mußten besonders in Bulgarien und Rußland gegenüber den Jüngeren und Erwerbstätigen eine Verschlechterung ihrer Einkommenssituation hinnehmen – sie gehören also zu den Verlierern des gesellschaftlichen Wandels. Demgegenüber konnten die Rentner in Ostdeutschland und Tschechien ihre Einkommenssituation gegenüber den Erwerbstätigen in etwa halten (Spéder et al. 1997; Evans 1997; Fomin 1995). Auch die Frauen haben in einigen osteuropäischen Transformationsgesellschaften beträchtliche Statusminderungen hinnehmen müssen. Sie sind inzwischen in Rußland und Bulgarien überproportional in den Unterschichten repräsentiert. In Ostdeutschland haben sie ihren Modernisierungsvorsprung eingebüßt, sie gehören also zu den Verlierern der Transformation (Geißler 1996; Grapard 1997; Gubin/Kostiouchenko 1997; Trappe 1997; Zaslavskaja 1997). Dagegen scheinen geschlechtsspezifische Benachteiligungen in Tschechien und Ungarn nicht so deutlich ausgeprägt zu sein wie in den anderen Transformationsgesellschaften. Hier haben Frauen aufgrund ihrer höheren Humankapitalausstattung oft bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und sind weniger von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer (Hanley/Szelenyi 1998).

Neben der wachsenden Einkommensungleichheit und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten ist die zunehmende Arbeitslosigkeit ein weiteres Kennzeichen des Transformationsprozesses (Nuti 1996; Rutkowski 1996; Sachverständigenrat 1997). In einem historisch sehr kurzen Zeitraum schieden bis zu 20 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung aus dem Erwerbsleben aus. Dabei differiert in den einzelnen Ländern das Ausmaß, mit dem diese Folge des Umbaus der Ökonomie sozial aufgefangen wird. In Ostdeutschland erhalten nahezu alle Erwerbslosen verschiedene Formen des Einkommenstransfers, in den übrigen Transformationsländern beziehen inzwischen weniger als die Hälfte der Erwerbslosen derartige Sozialleistungen (Spéder et al. 1997). Die Restrukturierungsprozesse in Osteuropa haben aber auch die sozialstrukturelle Position einzelner sozialer Gruppen deutlich verbessert. Die Ausstattung mit Humankapital gehört heute in den Transformationsländern zu den wichtigsten Stratifikationskriterien, damit zählen die technischen- und Bildungseliten eindeutig zu den Gewinnern des gesellschaftlichen Wandels (Milanovic 1996; Domanski 1996; Evans 1997; Hanley/Szelenyi 1998). Darüber hinaus ist es für die soziale Differenzierung der osteuropäischen Gesellschaften von großer Bedeutung, in welchem ökonomischen Sektor einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wird. Einkommens- und Beschäftigungssicherheit sind im privaten Sektor deutlich besser als in den staatlichen Betrieben (Miszta 1996; Ionin 1995; Müller 1998). Diese Trennung des Arbeitsmarktes scheint besonders in Rußland und Bulgarien stark ausgeprägt zu sein.

Aus dieser Skizze des Verlaufs und der Auswirkungen der Transformation für einzelne Bevölkerungsgruppen wird nicht nur deutlich, daß wir drei Gruppen von Transformationsländern unterscheiden müssen – den Sonderfall Ostdeutschland, die relativ erfolgreichen mittelosteuropäischen Transformationsgesellschaften Tschechien und Ungarn sowie Rußland und Bulgarien als dritte Gruppe (Offe 1994, 1997). Für die bundesdeutsche Diskussion ist entscheidender, daß wir nicht von einer Einheitlichkeit der Erfahrung ausgehen können. Aufgrund der sozialen Differenzierungsprozesse müssen wir statt dessen eine Pluralität voraussetzen, die sich wesentlich an sozialstrukturellen Kategorien orientiert. Einige dieser Kategorien – wie zum Beispiel die Beschäftigung im privaten oder öffentlichen Sektor – sind allein für die weniger erfolgreichen Reformstaaten, andere wiederum – etwa Arbeitslosigkeit – für alle post-sozialistischen Länder von Bedeutung. Es ist zu vermuten, daß

diese Pluralität an Erfahrungen ihren Ausdruck auch in den Einstellungen zur sozialen Ungleichheit findet. Eine Analyse von Einstellungen zur sozialen Ungleichheit, die diese Differenzierung nicht beachtet, muß deshalb von vornherein zu ungenauen Ergebnissen kommen.

3.3 Doppelte Vergleichsperspektive

Die zuvor gegen die „Sozialisations-“ und die „Erfahrungshypothese“ formulierten Einwände haben gezeigt, daß es allein ein Vergleich mit Westdeutschland *und* den osteuropäischen Transformationsländern erlaubt, sinnvolle Annahmen über die innerdeutschen Unterschiede und deren mögliche Ursachen zu formulieren. Wir möchten deshalb die Einstellungen in Ostdeutschland als das Ergebnis eines Integrationsprozesses in die Bundesrepublik *und* eines Transformationsprozesses von einer sozialistisch-planwirtschaftlichen zu einer demokratisch-marktwirtschaftlichen Gesellschaft betrachten. Für die empirische Analyse bedeutet dies, daß wir von *vier* möglichen Typen von Einstellungsmustern ausgehen können. Konvergieren nämlich die Einstellungen in Ostdeutschland mit denen in Westdeutschland und unterscheiden sie sich gleichzeitig von denen in den Transformationsgesellschaften, so sind offenbar Mechanismen am Werk, denen auch 40 Jahre Teilung nichts anhaben konnten oder die sich aus der Übertragung der politischen und ökonomischen Verhältnisse der Bundesrepublik in die neuen Bundesländer ergeben. Wir können in diesem Fall von „gesamtdeutschen Einstellungen“ sprechen. „Post-sozialistische“ Einstellungsmuster sind demgegenüber dort zu vermuten, wo Unterschiede zu Westdeutschland und Übereinstimmungen mit den Transformationsgesellschaften festzustellen sind. Die Ursachen dafür können durchaus in der primären Sozialisation in einem sozialistischen System liegen, genauso können aber typische Strukturmerkmale der osteuropäischen Transformation (Offe 1994) bestimmend sein. Die von Pollack beschriebene „ostdeutsche Sondermentalität“ erwarten wir nur dort, wo Einstellungsmuster gleichzeitig

zu Westdeutschland *und* den Transformationsländern verschieden sind. In dieses „Feld“ müssen dann auch die unterschiedlichen Erklärungsansätze eingezeichnet werden, die in den letzten Jahren vorgeschlagen wurden: Etwa, daß sozialstrukturelle Besonderheiten (Zapf/Habich 1996) oder die spezifische ökonomische Situation Ostdeutschlands (Walz/Brunner 1997) die Ursache für Einstellungsunterschiede seien. Ob diese Vorschläge wirklich eine „Sondermentalität“ begründen helfen, hängt davon ab, ob damit nicht auch Phänomene berührt werden, die in den übrigen Transformationsländern in gleicher Weise auftreten. Davon unabhängig müssen wir freilich auch in Ostdeutschland Einstellungsmuster voraussetzen, die Ähnlichkeit zu beiden Referenzpunkten aufweisen und deren Ursachen möglicherweise in gesellschaftsübergeifenden Einflußfaktoren zu suchen sind – dies wäre dann das vierte Feld in Abbildung 1.

Vor diesem Hintergrund wollen wir im weiteren zwei Fragen empirisch überprüfen:

- (1) Lassen sich jeweils spezifische Entwicklungen und Determinanten der Antwortmuster für ergebnis- und ordnungsbezogene Einstellungen zur sozialen Ungleichheit feststellen?
- (2) Finden wir in Ostdeutschland Einstellungsmuster, die zu den beiden Referenzpunkten jeweils ähnlich und gleichzeitig für bestimmte, nach sozialstrukturellen Merkmalen beschreibbare soziale Gruppen typisch sind?

4. Daten, Methode, Variablen

Als Datenbasis dienen uns zwei Erhebungen, die in den Jahren 1991 und 1996 im Rahmen des International Social Justice Project in Westdeutschland, Ostdeutschland, Tschechien, Ungarn, Bulgarien und Rußland durchgeführt wurden (Alwin/Wegener 1995; Kluegel/Mason/Wegener 1995; Christoph et al. 1997). Dabei handelt es sich jeweils um standardisierte Befragungen an repräsentativen, geschichteten Stichproben der Bevölkerungen dieser Länder. Professionelle Interviewer führten in den Haushal-

Transformationsgesellschaften		
Westdeutschland	Konvergenz	Divergenz
Konvergenz	Gesellschaftsübergreifende Einstellungsmuster	Gesamtdeutsche Einstellungsmuster
Divergenz	Post-Sozialistische Einstellungsmuster	Sondermentalität

Abb. 1 Ostdeutsche Einstellungsmuster aus einer doppelten Vergleichsperspektive

ten der Befragten jeweils 60- bis 90-minütige Interviews. Grundlage war ein für alle Länder einheitlicher Fragebogen. Die analysierbare Stichprobe umfaßt für beide Erhebungszeitpunkte und alle Länder insgesamt 15397 Befragte. Aufgrund fehlender Werte in den verwendeten Variablen reduziert sich der Stichprobenumfang auf 12882 Befragte, das sind 6532 Personen für das Jahr 1991 und 6350 für das Jahr 1996.

Um das Ausmaß und die Richtung von Veränderungen in Ostdeutschland im Vergleich zu den alten Bundesländern und den osteuropäischen Transformationsländern einschätzen zu können, wählen wir ein zweistufiges Vorgehen. Zunächst werden aggregierte Ländermittelwerte zu den beiden Erhebungszeitpunkten in Westdeutschland, Ostdeutschland, den beiden mittelosteuropäischen Ländern Tschechien und Ungarn, sowie den zwei übrigen Transformationsländern Rußland und Bulgarien vorgestellt. Daran anschließend wollen wir das Urteilsverhalten etwas differenzierter untersuchen. Dazu spezifizieren wir hierarchische Regressionsmodelle für insgesamt vier Einstellungen zur sozialen Ungleichheit. Das erste Modell enthält nur die Ländervariablen. Wir überprüfen damit zunächst die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern – ohne auf die Binnendifferenzierung zu achten. Dieses Ausgangsmodell wird dann durch die sozialstrukturellen Merkmale der Befragten und die Interaktionseffekte der Merkmale mit den Ländern ergänzt. Mit den Interaktionseffekten überprüfen wir die unterschiedliche Bedeutung der Haupteffekte in den Ländern. Als unabhängige Variablen (Haupteffekte) dienen uns (1) das Geschlecht, (2) das Alter, (3) die Bildung und (4) das Berufsprestige der Befragten. Darüber hinaus berücksichtigen wir (5) die derzeitige Beschäftigung im privaten oder öffentlichen Sektor, (6) die erfahrene Arbeitslosigkeit sowie (7) die Bedeutung der Nicht-Erwerbstätigkeit, sofern sie sich nicht auf Arbeitslosigkeit im engeren Sinne erstreckt.

4.1 Ergebnisbezogene Einstellungen

Als ergebnisbezogene Einstellungen zur sozialen Ungleichheit betrachten wir die Bewertung der gesellschaftlichen Einkommensverteilung und die des eigenen Haushaltseinkommens der Befragten. In beiden Fällen erfolgt die Operationalisierung auf der Grundlage einer Theorie, wie sie in den letzten Jahren in der empirischen Gerechtigkeitsforschung entwickelt wurde (Jasso 1978; Jasso/Wegener 1997). Was die Einstellungen zur gesellschaftlichen

Einkommensverteilung anbelangt, so werden sie über die Gerechtigkeitsbewertung der Einkommen am oberen und am unteren Ende des Einkommenskontinuums erfaßt. Folgt man der von Jasso und Wegener (1997; Jasso 1999) explizierten Theorie, so läßt sich die empfundene Einkommensgerechtigkeit am genauesten über den natürlichen Logarithmus des Verhältnisses von tatsächlicher und als gerecht empfundener Einkommenshöhe ausdrücken.¹ Der Vorzug dieser Art der Abbildung besteht darin, daß sie erstens unabhängig von spezifischen Einkommenseinheiten ist – wir also im Ländervergleich keine Umrechnung der Währungsbeträge vornehmen müssen. Zweitens wird durch die logarithmierte Form dem allgemeinen Verständnis entsprochen, daß ein ungerechtes Einkommen im Sinne einer Unterbezahlung (*underreward*) als ungerechter empfunden wird als ein ungerechtes Einkommen im Sinne einer Überbezahlung (*overreward*). Aus der Bewertung einer Reihe von Einkommen in einer Gesellschaft läßt sich dann eine Bewertung der Einkommensverteilung als ganzer ableiten. Wir gehen davon aus, daß es in dem Fall ausreicht, die Bewertung des oberen und unteren Endes des gesellschaftlichen Einkommenskontinuums zu betrachten. Um dies für die Befragten anschaulich zu machen, sollten sie das Einkommen eines Vorstandsvorsitzenden und eines ungelernten Arbeiters bewerten. In einem ersten Schritt waren sie aufgefordert, das tatsächliche Einkommen eines Vorstandsvorsitzenden einzuschätzen. Daraufhin sollten sie den aus ihren Augen gerechten Einkommensbetrag angeben. Bildet man aus beiden Einkommensangaben das logarithmierte Verhältnis, so beschreibt ein Wert von „0“ einen gerechten Zustand – das tatsächliche Einkommen entspricht also dem gerechten. Negative Werte geben dann einen Zustand der Unterbezahlung wieder: Das gerechte Einkommen ist höher als das tatsächliche. Dementsprechend stehen positive Werte für eine ungerechte Überbezahlung: Ein Vorstandsvorsitzender erhält aus der Sicht der Befragten mehr, als ihm gerechterweise zusteht. Analog dazu wurde auch das tatsächliche und das gerechte Einkommen eines ungelernten Arbeiters erfaßt und entsprechend umgeformt. Wir erhalten damit in beiden Fällen einen numerischen Ausdruck des Gerechtigkeits- bzw. Ungerechtigkeitsempfindens der Befragten. Summiert man die Absolutbeträge der beiden Bewertungen für jeden Befragten, so beschreibt dieser Zahlenwert das

¹ Die Operationalisierung der Einkommensbewertungen sowie eine detaillierte Beschreibung der anderen hier verwendeten Variablen findet sich im Anhang.

Tabelle 1 Faktorenanalyse für ordnungsbezogene Einstellungen zur sozialen Ungleichheit (ISJP 1991, 1996)

	Wohlfahrtsstaatliche Intervention	Gleichheit	Uniqueness
Der Staat sollte für alle einen Mindestlebensstandard garantieren	83	-09	.33
Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen	78	06	.36
Die gerechteste Art, Einkommen und Vermögen zu verteilen, wäre, allen gleiche Anteile zu geben	-19	72	.38
Es ist einfach nur Zufall, daß einige Menschen begabter und intelligenter sind als andere; sie sollten deswegen keinen Anspruch auf ein höheres Einkommen haben	13	87	.28
Eigenvalues	1.60	1.05	

Anmerkung: Hauptkomponentenanalyse mit anschließender Promax-Rotation, Faktorladungen sind mit 100 multipliziert, N = 12882.

subjektive Ausmaß des Ungerechtigkeitsempfindens der gesellschaftlichen Einkommensverteilung. Dieser Wert dient als abhängige Variable in den Regressionsmodellen.

Als zweite ergebnisbezogene Einstellung verwenden wir die Bewertung des Haushaltseinkommens. Die Operationalisierung erfolgt analog zur Bewertung der Einkommen eines Vorstandsvorsitzenden und eines Arbeiters. Im Unterschied dazu ist aber der Nenner des Bruches nicht das „gerechte“, sondern das subjektiv als notwendig erachtete Haushaltseinkommen.² Demnach bilden wir die Bewertung des Haushaltseinkommens als logarithmiertes Verhältnis aus tatsächlichem und benötigtem Einkommen ab. Ein Betrag von 0 gibt dann die Meinung der Befragten wieder, ihr Haushaltseinkommen würde ihren subjektiven Bedarf decken. Beträge kleiner als 0 bedeuten, das Haushaltseinkommen deckt nicht den Bedarf. Bei Beträgen größer als 0 sind die Befragten der Meinung, ihr Haushalt würde über ein Einkommen verfügen, das den eigentlichen Bedarf übersteigt.

4.2 Ordnungsbezogene Einstellungen

Die Präferenz umfassender wohlfahrtsstaatlicher Regelungen und die Einstellung zu einer auf Gleichheit abzielenden Güterverteilung sind Beispiele ord-

nungsbezogener Einstellungen zur sozialen Ungleichheit. In beiden Fällen werden nicht faktische Verteilungen bewertet, vielmehr geht es um Einstellungen zur institutionellen Regelung der gesellschaftlichen Güterverteilung. Beide Einstellungen wurden jeweils über zwei Items gemessen, bei denen die Befragten das Ausmaß ihrer Zustimmung mit Hilfe einer fünfstufigen Likert-Skala angeben konnten. Die Präferenz wohlfahrtsstaatlicher Regelungen äußert sich dann in der Zustimmung zu der Aussage: Der Staat solle (1) „für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen“ und (2) „für alle einen Mindestlebensstandard garantieren“. Die Einstellungen zum Gleichheitsprinzip werden über die Aussagen (1) „Die gerechteste Art, Einkommen und Vermögen zu verteilen, wäre, allen gleiche Anteile zu geben“ und (2) „Es ist nur ein Zufall, daß einige Menschen begabter sind als andere; sie sollten deswegen keinen Anspruch auf ein höheres Einkommen haben“ erfaßt. Auf der Grundlage einer alle Länder umfassenden Faktorenanalyse – die Ergebnisse sind in Tabelle 1 aufgeführt – wurden für beide Einstellungskonstrukte die entsprechenden Faktorscores errechnet. Sie bilden die Grundlage für die Analyse der Ländermittelwerte, und sie dienen als abhängige Variablen in den Regressionsmodellen.

4.3 Unabhängige Variablen in den Regressionsmodellen

Wie wir im dritten Abschnitt gezeigt haben, sind einzelne Bevölkerungsgruppen von den sozialen Risiken der Transformation unterschiedlich stark betroffen. Neben länderspezifischen Unterschieden er-

² Damit weichen wir von der ursprünglichen Formulierung der Theorie ab (Jasso 1978; Jasso/Wegener 1997). Diese sieht nämlich im Nenner nur das „gerechte“ und nicht – wie in unserem Fall – das „benötigte“ Einkommen vor. In dem Sinne ist unsere Operationalisierung eine Erweiterung der Theorie.

warten wir deshalb in beiden Einstellungsbereichen für folgende sozialstrukturelle Merkmale jeweils spezifische Antwortmuster: Geschlecht, Alter, Bildung, Berufsprestige, Beschäftigung im privaten bzw. öffentlichen Sektor, Arbeitslosigkeit und Nicht-Erwerbstätigkeit.

Länder

Hinsichtlich der Ausgangsbedingungen und des Verlaufs der Transformation lassen sich die von uns untersuchten Länder in drei Gruppen einordnen. Wir vergleichen deshalb die Einstellungen in Ostdeutschland mit Westdeutschland *und* mit zwei osteuropäischen Referenzpunkten. Dafür fassen wir Tschechien und Ungarn zu einer Gruppe und Rußland und Bulgarien zu einer zweiten Gruppe zusammen. Wir erwarten zwischen den Ländern mit einer „graduellen“ Transformationsstrategie (Rußland, Bulgarien), den erfolgreichen Transformationsländern (Ungarn, Tschechien) sowie Ostdeutschland und Westdeutschland beträchtliche Unterschiede in den ergebnisbezogenen Einstellungen. Bei den ordnungsbezogenen Einstellungen gehen wir von geringeren Unterschieden sowie – aufgrund der über 40 Jahre währenden gemeinsamen Zugehörigkeit zu einem politischen System und der gemeinsamen Transformationserfahrung – von einer größeren Nähe ostdeutscher zu den mittel- und osteuropäischen Einstellungen aus.

Geschlecht

Da durch die Transformation die Frauen in einigen osteuropäischen Transformationsländern von Statusminderungen betroffen sind (Grapard 1997; Zaslavskaja 1997; Geißler 1996), erwarten wir, daß Frauen bei ergebnisbezogenen Einstellungen ungleichheitskritischere Positionen vertreten und daß sie wohlfahrtsstaatliche Interventionen und Gleichheit stärker präferieren.

Alter

Ältere Menschen sind in allen osteuropäischen Transformationsländern stärker durch die politische Sozialisation im Staatssozialismus geprägt. In Rußland und Bulgarien gehören sie auch zu den Verlierern des gesellschaftlichen Wandels (Genov 1998; Mikhalev 1996; Spéder et al. 1997). Deswegen erwarten wir im Bereich der ergebnisbezogenen Einstellungen gerade bei den Älteren in den weniger fortgeschrittenen Transformationsgesellschaften ungleichheitskritischere Einstellungen. Bei den ordnungsbezogenen Einstellungen müßten wir in allen Transformationsgesellschaften mit steigendem Alter eine stärkere Befürwortung wohlfahrtsstaatli-

cher Interventionen und des Gleichheitsprinzips finden.

Bildung und Berufsprestige

Die Bildungseliten und die technischen Eliten gehören in den Transformationsgesellschaften zu den Gewinnern des gesellschaftlichen Wandels (Milanovic 1996; Domanski 1996; Evans 1997; Hanley/Szelenyi 1998). Wir gehen deswegen davon aus, daß mit steigender Humankapitalausstattung sowohl die gesamtgesellschaftliche Güterausstattung als auch die eigene ökonomische Situation positiver bewertet und wohlfahrtsstaatliches Handeln sowie das Gleichheitsprinzip abgelehnt werden.

Privatwirtschaft

Die Beschäftigung in der Privatwirtschaft ist in Osteuropa ein wichtiges Stratifizierungsmerkmal, wobei die Beschäftigung im privaten Sektor in der Regel mit einer materiellen Besserstellung verbunden ist (Misztal 1996; Ionin 1995; Müller 1998). Deshalb erwarten wir für Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft eine positivere Bewertung ungleicher Güterverteilung sowie eine Ablehnung des Gleichheitsprinzips und wohlfahrtsstaatlicher Intervention. Dies gilt jedoch nur für Bulgarien und Rußland, denn die Teilung des Arbeitsmarktes ist in den erfolgreicherer Transformationsländern und der Bundesrepublik nicht im gleichen Maß ausgeprägt.

Arbeitslosigkeit

Die Befragten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, werden nach unserer Auffassung die gesamtgesellschaftliche Güterverteilung kritischer und ihre eigene ökonomische Situation negativer beurteilen. Wir gehen zudem davon aus, daß Arbeitslose wohlfahrtsstaatliches Handeln und das Gleichheitsprinzip stärker befürworten.

Nicht-Erwerbstätigkeit

Die Befragten, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (Rentner, Sozialhilfeempfänger, Hausfrauen), können insbesondere in Rußland und Bulgarien nur eingeschränkt an der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes partizipieren. Deswegen erwarten wir für diese Gruppe, daß sie sowohl bei den ergebnisbezogenen als auch den ordnungsbezogenen Einstellungen ungleichheitskritischere Positionen artikulieren.

5. Ergebnisse

Zunächst wollen wir die Ländermittelwerte der beiden Einstellungsbereiche betrachten. In Abbildung 2 wurden in der oberen Grafik die Ländermittelwerte zum Einkommen eines Vorstandsvorsitzenden und eines ungelernten Arbeiters eingezeichnet, die darunter liegende Grafik gibt die Summe der Absolutbeträge beider Bewertungen wieder. Zu beiden Erhebungszeitpunkten dominiert in Ost- und Westdeutschland die Ansicht, das Einkommen eines Vorstandsvorsitzenden wäre zu hoch und ein ungelernter Arbeiter würde mehr oder weniger gerecht entlohnt werden. In Tschechien und Ungarn herrscht demgegenüber die Meinung vor, ein Vor-

standsvorsitzender wäre *überbezahlt* und ein ungelernter Arbeiter erhalte zu wenig Einkommen. In Rußland und Bulgarien ist bei beiden Einkommen zwischen 1991 und 1996 ein deutlicher Anstieg des Ungerechtigkeitsempfindens zu verzeichnen, wobei ein Vorstandsvorsitzender als stärker *überbezahlt* und ein ungelernter Arbeiter als stärker *unterbezahlt* gelten. Dementsprechend ergibt sich allein für Osteuropa eine relativ starke Zunahme des summierten Ungerechtigkeitsempfindens – wie dies in der unteren Grafik sichtbar wird. Das Ungerechtigkeitsempfinden für beide Einkommen zusammengekommen ist also für beide Teile Deutschlands als auch für Tschechien und Ungarn vergleichsweise niedrig und weitgehend stabil. In Bulgarien und

Ausmaß der Ungerechtigkeit der gesellschaftlichen Einkommensverteilung

Abb.2 Mittelwerte der ergebnisbezogenen Einstellungen zur sozialen Ungleichheit (ISJP 1991, 1996)

Abb.3 Mittelwerte der ergebnisbezogenen Einstellungen zur sozialen Ungleichheit (ISJP 1991, 1996)

Rußland existiert jedoch ein relativ hohes Ausmaß an Ungerechtigkeitsempfinden, das sich von 1991 bis 1996 noch verstärkt.

Betrachten wir die Bewertung des eigenen Haushaltseinkommens in Abbildung 3. An den eingezeichneten Pfeilen ist erkennbar, daß von 1991 bis 1996 das Haushaltseinkommen besonders in Rußland und Bulgarien, aber auch in Ungarn und Tschechien immer weniger den subjektiven Bedarf deckt. Demgegenüber wird die Einkommenssituation des eigenen Haushalts in Westdeutschland positiver bewertet. Auch Ostdeutschland hebt sich deutlich von den mittel- und osteuropäischen Transformationsgesellschaften ab. Hier deckt das Haushaltseinkommen aus der Sicht der Befragten zunehmend den Bedarf. Dies entspricht weitgehend den Befunden zur Einkommensentwicklung in Ostdeutschland, findet hier doch seit 1990 ein kontinuierlicher Anstieg der Berufs- und Haushaltseinkommen statt (Hauser/Wagner 1997; Hauser 1999). In allen anderen Transformationsgesellschaften wird eine Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Situation festgestellt – was weitgehend mit der Entwicklung der Real-Einkommen korrespondiert (Spéder et al. 1997; Seifert 1996).

In Abbildung 4 sind die Mittelwerte der Faktorscores der beiden *ordnungsbezogenen* Einstellungen abgebildet. Wie aus der oberen Grafik ersichtlich ist, sprechen sich 1991 die Ostdeutschen im Vergleich am deutlichsten für wohlfahrtsstaatliche Interventionen aus, gefolgt von Rußland und Bulgarien, den mittellosteuropäischen Ländern und den

Westdeutschen. Diese Rangfolge bleibt 1996 weitgehend erhalten. In Westdeutschland, Ostdeutschland, Tschechien und Ungarn sinkt die Zustimmung, in Osteuropa steigt sie demgegenüber deutlich an. Obwohl beide Teile Deutschlands eine gemeinsame Entwicklung vollziehen, unterscheidet sich Ostdeutschland im Aggregat immer noch von Westdeutschland.

Beim Gleichheitsprinzip wird besonders deutlich, daß eine isolierte Betrachtung von Einstellungsentwicklungen in Ost- und Westdeutschland schnell zu voreiligen Schlüssen führen kann. Aus den Ergebnissen für beide Erhebungszeitpunkte können wir nämlich eine zunehmende Präferenz für Gleichheit in beiden Teilen Deutschlands und in Osteuropa ablesen. Nach mehreren Jahren der Transformation verläuft die Trennungslinie nicht zwischen den ehemals sozialistischen Ländern und Westdeutschland, sondern die beiden deutschen Teilgesellschaften, Rußland und Bulgarien unterscheiden sich von der Tschechischen Republik und Ungarn.

Wir können an dieser Stelle bereits eine erste Bilanz ziehen: Bei den ergebnisbezogenen Einstellungen finden wir im Aggregat keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Ostdeutschen und den Westdeutschen. Eine Angleichung der beiden Landesteile ist offenbar dann zu beobachten, wenn die *Ergebnisse* der gesellschaftlichen Distributionsprozesse bewertet werden sollen. Bei den *ordnungsbezogenen* Einstellungen ist dagegen in Ostdeutschland weiterhin eine relativ hohe Zustimmung zu Gleichheit und wohlfahrtsstaatlicher Unterstützung fest-

Abb.4 Mittelwerte der Factorscores für ordnungsbezogene Einstellungen zur sozialen Ungleichheit (ISJP 1991, 1996)

zustellen. Darin unterscheiden sich die Ostdeutschen von den Westdeutschen. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, daß das Niveau der Gleichheitsorientierung in beiden Teilen Deutschlands im Untersuchungszeitraum zunimmt und im internationalen Vergleich relativ hoch ist. Ob wir damit „allgemeine Tendenzen“ gefunden haben und diese Unterschiede und Ähnlichkeiten auch dann noch bestehen bleiben, wenn wir eine differenziertere Analyse vornehmen, werden wir im folgenden klären.

Sozialstrukturelle Determinanten: Ergebnisbezogene Urteile

Betrachten wir zuerst die Ergebnisse zu den ergebnisbezogenen Einstellungen in Tabelle 2.³ Das erste Modell enthält jeweils nur die Effekte der drei „Länder“. Wie wir an den negativen Koeffizienten

³ Der Übersichtlichkeit halber berichten wir nur die signifikanten Interaktionseffekte. Die kompletten Tabellen sind auf Anfrage erhältlich (e-mail: stefan.liebig@rz.hu-berlin.de).

Tabelle 2 Ergebnisbezogene Einstellungen: Haupteffekte und signifikante Länderinteraktionseffekte (ISJP 1991, 1996)

	Ausmaß der gesellschaftlichen Einkommensungerechtigkeit				Eigenes Haushaltseinkommen deckt Bedarf			
	91		96		91		96	
Ostdeutschland	-.264*** (-10.27)	-.288 (-1.789)	-.723*** (-24.24)	-.932*** (-4.332)	.790*** (40.043)	.388** (3.155)	1.106*** (58.402)	.818*** (6.028)
Westdeutschland	-.141*** (-6.549)	.044 (0.311)	-.640*** (-21.08)	-.476* (-2.166)	.946*** (56.998)	6.11*** (5.645)	1.206*** (61.633)	.955*** (6.883)
Mittelosteuropa	-.241*** (-11.24)	-0.54 (-0.464)	-.542*** (-22.61)	.041 (0.281)	.539*** (32.760)	.670*** (7.495)	.618*** (40.632)	.677*** (7.339)
Geschlecht (Frauen = 1)		-0.13 (-0.482)		-.053 (-1.681)		.064** (3.049)		.046* (2.283)
Alter		-.000 (-0.821)		.001 (1.416)		.005*** (7.516)		.005*** (8.091)
Bildung		.004 (0.492)		.002 (0.276)		-.012 (-1.698)		.007 (1.092)
Berufsprestige		-.002 (-1.650)		.000 (0.380)		.000 (0.602)		-.001 (-1.624)
Privatwirtschaft		.048 (0.553)		-.139** (-2.345)		.093 (1.403)		.111** (2.969)
Arbeitslos		.032 (0.672)		.080* (1.995)		-.066 (-1.837)		-.184*** (-7.211)
Nicht erwerbstätig		-.031 (-0.497)		.027 (0.332)		-.091 (-1.923)		-.101* (-1.981)
<i>Interaktionseffekte</i>								
<i>Ostdeutschland</i>								
Alter		..		..		.004** (2.909)		.002* (2.036)
Bildung		..		..		.034* (2.141)		.031* (2.067)
Arbeitslos		..		..		..		.100* (2.253)
<i>Westdeutschland</i>								
Arbeitslos		.242** (3.381)		1.86* (2.073)		..		..
<i>Mittelosteuropa</i>								
Alter		..		..		-.004*** (-3.470)		-.002* (-2.552)
Bildung		-.058*** (-3.908)		-.095*** (-5.763)		.034** (3.024)		.028** (2.823)
Arbeitslos		..		.210** (2.795)		..		..
Konstante	1.106	1.189	1.615	1.523	-.940	-1.132	-1.185	-1.381
R ²	.029	.041	.129	.155	.364	.383	.473	.497
ΔR ²		.012		.026		.019		.024

Anmerkung: Angegeben sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten. Zur Operationalisierung der Variablen vgl. die Anlage. Referenz für die drei „Länder“-Dummies (Ost- und Westdeutschland sowie Mittelosteuropa) ist Rußland und Bulgarien. Es wurden für alle Haupteffekte Interaktionen mit den drei Ländervariablen spezifiziert, aufgelistet sind jedoch nur diejenigen Effekte, die mit mindestens 5 % signifikant sind.

N₍₁₉₉₁₎ = 6532; N₍₁₉₉₆₎ = 6350. t-Werte in Klammern: * p_t < .05; ** p_t < .01; *** p_t < .01.

erkennen können, unterscheiden sich Ostdeutschland, Westdeutschland und die mittelosteuropäischen Transformationsgesellschaften zu beiden Untersuchungszeitpunkten von der Referenzgruppe Rußland und Bulgarien in dem Sinne, als ein weit aus geringeres Maß an Ungerechtigkeitsempfinden über die gesellschaftliche Einkommensungleichheit vorherrscht. Auch die Bewertung der eigenen ökonomischen Situation fällt deutlich günstiger aus. Entsprechend unserer Annahme verstärken sich die Unterschiede im Zeitverlauf. Denn erstens erhöhen sich die t-Werte der Ländervariablen von 1991 nach 1996, und zweitens erklären wir 1996 allein mit den Ländervariablen substantiell mehr Variation der abhängigen Variablen. Die Bedeutung der Länderunterschiede wird auch daran deutlich, daß wir mit den um die sozialstrukturellen Merkmale erweiterten Modellen die Varianzaufklärung lediglich um maximal 2,6 Prozent verbessern können. Die Variationen zwischen den Ländern sind also größer als die Variation der Urteilmuster zwischen den untersuchten statistischen Gruppen in den Ländern. Dementsprechend finden sich nur wenig signifikante Effekte der sozialstrukturellen Merkmale.

Im Jahr 1991 scheint für die Bewertung der gesellschaftlichen Einkommensungleichheit lediglich die erfahrene Arbeitslosigkeit in Westdeutschland und das Bildungsniveau der Befragten in Mitteleuropa maßgeblich zu sein. Demnach steigt das Ungerechtigkeitsempfinden bei erfahrener Arbeitslosigkeit in Westdeutschland, und es sinkt mit höherer Bildung in Tschechien und Ungarn. Was das eigene Haushaltseinkommen anbelangt, so finden wir für alle Länder einen ähnlichen Geschlechtseffekt: Aus der Sicht der Frauen deckt das Haushaltseinkommen weitgehend den subjektiven Bedarf. Der Alterseffekt ist demgegenüber nicht in allen Ländern gleich. In Rußland, Bulgarien und Westdeutschland wird mit steigendem Alter eine Verbesserung der ökonomischen Situation wahrgenommen. Während sich dieser Effekt in Ostdeutschland verstärkt (positiver Koeffizient: .004), schwächt er sich in Tschechien und Ungarn ab (negativer Koeffizient: -.004). In Mitteleuropa ist also die Verbesserung der ökonomischen Situation mit zunehmendem Alter geringer. Beim Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und der Bewertung des Haushaltseinkommens finden wir in Ostdeutschland, Tschechien und Ungarn vergleichbare Muster. Mit steigendem Bildungsniveau deckt hier das Haushaltseinkommen den subjektiven Bedarf. Demgegenüber scheinen die Bildungseliten in den übrigen Transformationsländern und in Westdeutschland kein eigenständi-

ges Antwortmuster zu haben, denn wir finden in beiden Fällen keine signifikanten Effekte.

Betrachten wir die sozialstrukturellen Effekte im Jahr 1996. Die Bewertung des Haushaltseinkommens wird in allen Ländern von den Frauen deutlich positiver und – erwartungsgemäß – von den Nicht-Erwerbstätigen deutlich negativer vorgenommen. Beide Effekte können als „gesellschaftsübergreifende Einstellungsmuster“ interpretiert werden, wobei allerdings der Geschlechtseffekt unseren Annahmen nicht entspricht. Die Alterseffekte entsprechen weitgehend den Ergebnissen von 1991. Da in Ostdeutschland auch 1996 der Alterseffekt stärker ist als in den übrigen Ländern, haben wir hier möglicherweise ein Indiz für eine „ostdeutsche Sondermentalität“: Mit steigendem Alter sind die Befragten mit ihrer ökonomischen Situation zufriedener als die Vergleichsgruppen in den übrigen Ländern. Bei den Bildungseffekten gibt es zwar keinen signifikanten Haupteffekt, doch Besonderheiten in den Ländern. In Tschechien und Ungarn geht mit einer höheren Bildung ein geringeres Ungerechtigkeitsempfinden hinsichtlich der gesellschaftlichen Einkommensverteilung einher. Dies ist bei der Bewertung des eigenen Haushaltseinkommens ähnlich. In Ostdeutschland, Tschechien und Ungarn sind die Bildungseliten mit ihrem Haushaltseinkommen zufriedener als die Vergleichsgruppen in Rußland und Bulgarien. Daß die Beschäftigung im nicht-staatlichen Sektor in den Ländern Osteuropas einstellungsrelevant ist, wird durch unsere Ergebnisse untermauert. Die Beschäftigten in der Privatwirtschaft empfinden ein geringeres Ausmaß an Ungerechtigkeit bei der gesellschaftlichen Einkommensverteilung, und sie schätzen ihre eigene ökonomische Lage deutlich positiver ein. Entgegen unserer Erwartung lassen sich für die erfolgreicherer Transformationsländer und die Bundesrepublik keine gegenläufigen Trends ausmachen. In eine andere Richtung weisen die Effekte der erfahrenen Arbeitslosigkeit. In allen Transformationsländern scheint sich die Relevanz dieses Merkmals zu erhöhen. Denn dieser Effekt wird 1996 bei beiden ergebnisbezogenen Einstellungen signifikant. Am deutlichsten ist dies bei der Bewertung des Haushaltseinkommens. Hier steigt der t-Wert des entsprechenden Parameters von -1.837 auf -7.211. Ein Ergebnis, das – wenig überraschend – für alle Länder gilt. Doch auch hier finden wir offenbar ein ostdeutsches Spezifikum: Der negative Haupteffekt (-.184) wird durch den positiven Interaktionseffekt (.100) abgeschwächt: arbeitslose Personen in Ostdeutschland sind im Vergleich zu den Arbeitslosen in den anderen untersuchten Ländern mit ihrem

Haushaltseinkommen deutlich weniger unzufrieden.

Sozialstrukturelle Determinanten: Ordnungsbezogene Urteile

Wenden wir uns den Ergebnissen der beiden ordnungsbezogenen Einstellungen zu (Tab. 3). Auffällig sind die deutlich geringeren Ländereffekte. Im Unterschied zu den ergebnisbezogenen Einstellungen ist das Ausmaß an erklärter Varianz in den Ausgangsmodellen eher gering: sie bleibt unter 8 Prozent. Demgegenüber steigt sie in den um die sozialstrukturellen Merkmale und die Interaktionseffekte erweiterten Modellen deutlich an. Die Verbesserung der Varianzaufklärung (ΔR^2) reicht von 7,5 bis 11 Prozent. Entscheidend ist, daß nur der Ländereffekt für Westdeutschland in den erweiterten Modellen statistisch signifikant ist – hier wird zu beiden Untersuchungszeitpunkten dem wohlfahrtsstaatlichen Handeln und dem Gleichheitsprinzip weniger stark zugestimmt. Die Unterschiede zwischen Rußland bzw. Bulgarien und Ostdeutschland sowie den mitteleuropäischen Ländern sind also vor allem auf der sozialstrukturellen Ebene zu suchen. Dies ändert sich auch im Zeitverlauf nicht. Der Anteil der erklärten Varianz steigt zwischen 1991 und 1996 nur leicht an. Die in den deskripti-

ven Ergebnissen noch sichtbaren Unterschiede zwischen den postsozialistischen Ländern schmelzen also bei einer differenzierten Betrachtung des Antwortverhaltens einzelner Gruppen auf ein statistisch nicht mehr interpretierbares Maß zusammen.

Was die einzelnen Effekte der sozialstrukturellen Merkmale anbelangt, so befürworten Frauen – wie wir angenommen haben – in allen untersuchten Ländern wohlfahrtsstaatliche Interventionen, und sie sprechen sich eher für eine Gleichverteilung aus – dies ergibt sich aus den signifikanten Haupteffekten, die durch keine Interaktionseffekte korrigiert werden. Bei den Alterseffekten beobachten wir ein „postsozialistisches Einstellungsmuster“. In allen Transformationsländern sprechen sich im Jahr 1991 die Älteren stärker für wohlfahrtsstaatliches Handeln und für Gleichheit aus. Dies ist aber in Westdeutschland anders, denn der negative Interaktionseffekt schwächt den positiven Haupteffekt ab. Wir müssen also in Westdeutschland davon ausgehen, mit höherem Alter eine tendenzielle Ablehnung wohlfahrtsstaatlichen Handelns und der Gleichheit anzutreffen. Dies gilt aber nur für das Jahr 1991. Fünf Jahre später finden wir zwar immer noch einen negativen Effekt für Westdeutschland (-.004 und -.003), doch ist der Haupteffekt jetzt nicht mehr signifikant. Damit haben wir es in

Tabelle 3 Ordnungsbezogene Einstellungen: Haupteffekte und signifikante Länderinteraktionseffekte (ISJP 1991, 1996)

	Wohlfahrtsstaatliche Intervention				Gleichheit			
	91		96		91		96	
Ostdeutschland	.109*** (4.898)	-.034 (-0.257)	-.078*** (-3.651)	-.019 (-0.127)	.059* (2.511)	-.059 (-0.416)	-.001 (-0.057)	-.080 (-0.522)
Westdeutschland	-.300*** (-16.06)	-.944*** (-7.939)	-.445*** (-19.95)	-.457*** (-2.968)	-.123*** (-6.159)	-.688*** (-5.500)	-.192*** (-8.337)	-.319*** (-2.024)
Mitteleuropa	-.058** (-3.167)	.068 (0.699)	-.301*** (-17.38)	.071 (0.693)	-.117*** (-5.906)	-.013 (-0.128)	-.342*** (-19.06)	-.198 (-1.891)
Geschlecht (Frauen = 1)	.123*** (5.341)		.083*** (3.717)		.135*** (5.545)		.096*** (4.208)	
Alter	.001* (2.000)		.001 (1.870)		.003*** (3.606)		.001 (1.336)	
Bildung	-.056*** (-7.029)		-.056*** (-7.498)		-.089*** (-10.637)		-.101*** (-13.133)	
Berufsprestige	-.004*** (-3.714)		-.001 (-0.119)		-.004*** (-4.309)		-.001 (-0.892)	
Privatwirtschaft	-.258** (-3.549)		-.221*** (-5.296)		-.188* (-2.453)		-.227*** (-5.335)	
Arbeitslos	-.102** (-2.559)		.054* (1.988)		-.107** (-2.553)		.072* (2.493)	
Nicht erwerbstätig	-.202*** (-3.854)		-.053 (-0.944)		-.251*** (-4.560)		-.105 (-1.801)	

Tabelle 3 (Fortsetzung)

	Wohlfahrtsstaatliche Intervention				Gleichheit			
	91		96		91		96	
<i>Interaktionseffekte</i>								
<i>Ostdeutschland</i>								
Bildung	..		.031*		..		.073***	
			(2.027)				(4.294)	
Berufsprestige	..		-.007**		..		-.008**	
			(-2.712)				(-3.088)	
Privatwirtschaft	.167*		.134*		..		.139*	
	(1.983)		(1.979)				(1.983)	
<i>Westdeutschland</i>								
Alter	-.006***		-.004**		-.006***		-.003**	
	(-5.011)		(-3.244)		(-4.826)		(-2.653)	
Berufsprestige	.007**		-.005*		..		-.005*	
	(3.170)		(-2.031)				(-2.029)	
Privatwirtschaft	.135*		.158*		..		.152***	
	(2.142)		(2.278)				(2.139)	
Arbeitslos	.316***		..		.293***		..	
	(5.267)				(4.641)			
Nicht erwerbstätig	.316**		..		..		..	
	(2.864)							
<i>Mittelosteuropa</i>								
Bildung	-.049***		-.054***		-.036**		-.019*	
	(-3.956)		(-4.720)		(-2.773)		(-1.974)	
Berufsprestige	..		-.005**		..		-.003*	
			(-2.874)				(-1.981)	
Privatwirtschaft	..		.135*		..		.145**	
			(2.374)				(2.598)	
Konstante	.076	.424	.162	.343	.017	.503	.164	.598
R ²	.055	.130	.080	.164	.013	.123	.063	.170
ΔR ²	.075		.084		.110		.107	

Anmerkung: Angegeben sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten. Zur Operationalisierung der Variablen vgl. die Anlage. Referenz für die drei „Länder“-Dummies (Ost- und Westdeutschland sowie Mittelosteuropa) ist Rußland und Bulgarien. Es wurden für alle Haupteffekte Interaktionen mit den drei Ländervariablen spezifiziert, aufgelistet sind jedoch nur diejenigen Effekte, die mit mindestens 5 % signifikant sind.

N₍₁₉₉₁₎ = 6532; N₍₁₉₉₆₎ = 6350. t-Werte in Klammern: * p_t < .05; ** p_t < .01; *** p_t < .01.

Westdeutschland also tatsächlich mit einer ablehnenden Haltung der Älteren zu wohlfahrtsstaatlichem Handeln und Gleichheit zu tun. Was die nicht signifikanten Alterseffekte in den Transformationsländern anbelangt, so ist dies möglicherweise ein Hinweis darauf, daß die Sozialisationshypothese in der oben dargestellten Form nicht haltbar ist. Offenbar kommt es entweder bei den jüngeren zu einer „Rückbesinnung auf sozialistische Orientierungen“ oder die älteren wenden sich von ihren „sozialisierten Einstellungen“ ab. In jedem Fall scheint die über die „sozialistische Sozialisation“

vermittelte Präferenz für wohlfahrtsstaatliches Handeln und Gleichheit nicht in allen Transformationsländern ein alleiniges und unumstößliches Merkmal der Älteren zu sein.

Für den Einfluß der Bildung ergibt sich ein durchweg negativer Haupteffekt: mit steigender Bildung sinkt die Präferenz für wohlfahrtsstaatliche Regulierung und Gleichheit. Damit bestätigt sich unsere Annahme, die Bildungseliten in den Transformationsländern wären eher kritisch gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Konzepten und würden eher anti-egalitäre Einstellungen vertreten. Die Interaktions-

effekte in Tschechien und Ungarn weisen darauf hin, daß dort die Bildungseliten diese Position noch deutlicher vertreten als in Bulgarien und Rußland. In Ostdeutschland ist dies jedoch anders. Hier ist die Wohlfahrtsstaats- und Gleichheitskritik im Jahr 1996 am niedrigsten – der negative Haupteffekt (-.056 bzw. -.101) wird durch den positiven Interaktionseffekt (.031 bzw. .073) nahezu ausgeglichen. Dies deutet auf eine „Sondermentalität“ der ostdeutschen Bildungseliten hin. Was die Bedeutung des Berufsprestiges anbelangt, so bestätigen die Ergebnisse zu beiden ordnungsbezogenen Einstellungen zumindest teilweise unsere Vermutungen. In Rußland und Bulgarien ist dieses, für westliche Gesellschaften oftmals entscheidende sozialstrukturelle Merkmal nur 1991 von Bedeutung. Interessanterweise sind hingegen in Westdeutschland und den drei „erfolgreichen“ Transformationsgesellschaften Ungarn, Tschechien und Ostdeutschland zum Teil deutliche Effekte im Jahr 1996 festzustellen: Mit steigendem Berufsprestige wird eine vergleichsweise kritische Haltung zum Wohlfahrtsstaat und zur Gleichverteilung eingenommen.⁴

Auch für die beiden ordnungsbezogenen Einstellungen ist die Beschäftigung im privaten Sektor entscheidend. In Rußland und Bulgarien wird von den Beschäftigten im privaten Sektor zu beiden Untersuchungszeitpunkten wohlfahrtsstaatliches Handeln weniger präferiert. Ein Blick auf die t-Werte der 1996er Modelle zeigt, daß diese Tendenz im Zeitverlauf zunimmt. Das scheint insofern folgerichtig, da in den nicht-staatlichen Bereichen der osteuropäischen Länder die ökonomische Situation der Beschäftigten vergleichsweise gut ist. Auch beim Gleichheitsprinzip finden wir ein derartiges Bild. Aufgrund der positiven Interaktionseffekte scheint in Ost- und Westdeutschland, Ungarn und Tschechien der Unterschied zwischen Beschäftigten des staatlichen und des nicht-staatlichen Sektors deutlich geringer auszufallen.

⁴ Der negative Einfluß des Berufsprestiges auf die beiden ordnungsbezogenen Einstellungen in Ostdeutschland ist vor dem Hintergrund des gegensätzlichen Effektes der Bildung erklärungsbedürftig. Beide sozialstrukturellen Merkmale zeigen üblicherweise eine relativ hohe Korrelation. In Ostdeutschland beobachten wir nun, daß Personen mit hoher Bildung für eine wohlfahrtsstaatliche Verteilungsordnung sind, Personen mit hohem Berufsstatus aber dagegen. Dies könnte ein Hinweis auf die Sondermentalität bestimmter Kreise der ostdeutschen Bildungselite sein. Wie wir wissen, kam es im Zuge der Vereinigung zu einer gewissen Abwertung ostdeutscher Bildungsabschlüsse und zu Abwärtsmobilitäten bestimmter Mitglieder der DDR-Bildungselite. Wir vermuten, daß genau diese Personen Träger einer „Sondermentalität“ sind.

Besonders interessant sind jedoch die Effekte der Arbeitslosigkeit. Während 1991 die Arbeitslosen in allen ehemals sozialistischen Ländern *gegen* wohlfahrtsstaatliche Interventionen waren, kehrt sich dies 1996 um. Zu diesem Zeitpunkt sind die Erwerbslosen *für* Staatsinterventionen, und sie unterscheiden sich nunmehr auch von den anderen Befragten durch eine ausgeprägtere Gleichheitsorientierung. Offenbar hatten Erwerbslose am Anfang der Transformation noch die Erwartung, mit der Etablierung von Marktstrukturen eine Verbesserung ihrer Situation zu erleben. Nach fünf Jahren Transformationserfahrung ist diese Hoffnung auf die heilenden Kräfte des Marktes fallengelassen worden. Wir beobachten dabei für Ostdeutschland exakt die gleiche Entwicklung wie in den übrigen Transformationsländern. Demgegenüber vollzieht sich in Westdeutschland zwischen 1991 und 1996 kein derartiger Wandel. Hier plädieren Erwerbslose zu beiden Zeitpunkten für mehr Staat und mehr Gleichheit. Obwohl sich also 1996 eine Angleichung zwischen den beiden Landesteilen vollzieht, ist der Meinungsumschwung der ostdeutschen Arbeitslosen – aus einer international vergleichenden Perspektive betrachtet – eine Entwicklung, die für alle „post-sozialistischen“ Länder typisch zu sein scheint.⁵

Wir können die Ergebnisse anhand unseres Schemas in Abbildung 1 zusammenfassen:

- (1) Bei den ergebnisbezogenen Einstellungen finden wir ausgeprägte Ländereffekte, die sich im Zeitverlauf verstärken. Ost- und Westdeutschland zeigen dabei starke Ähnlichkeiten. Beide Landesteile unterscheiden sich deutlich von Rußland und Bulgarien und – in weitaus geringerem Maß – von den erfolgreichen, mittelosteuropäischen Transformationsländern. Es liegt nahe, hier einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Verlauf des Transformationsprozesses und den subjektiven Einstellungen anzunehmen. Demgegenüber finden wir bei den ordnungsbezogenen Einstellungen ein weitaus stabileres Antwortverhalten, das weniger von Ländereffekten beeinflusst ist. Der Einfluß sozialstruktureller Merkmale ist hier

⁵ Die Haupteffekt für die nicht erwerbstätigen Rentner, Sozialhilfeempfänger und Hausfrauen deuten zumindest Gemeinsamkeiten zwischen allen betrachteten post-sozialistischen Ländern an. Während in der Frühphase der Transformation diese Gruppe wohlfahrtsstaatliche Interventionen und Gleichheit deutlich abgelehnt hat – für Westdeutschland ergibt sich 1991 beim Staatshandeln ein eindeutig entgegengesetztes Ergebnis –, verschwindet dieser Effekt im Transformationsverlauf.

stärker als bei den ergebnisbezogenen Einstellungen.

- (2) In beiden Einstellungsbereichen werden *ost-deutsche Sondermentalitäten* sichtbar. Einmal betrifft dies die ostdeutsche Bildungselite. Sie unterscheidet sich vor allem in ihren ordnungsbezogenen Einstellungen deutlich von den Bildungseliten in den übrigen Transformationsländern und in Westdeutschland. Eine ähnliche „Sondermentalität“ im Hinblick auf die Bewertung des eigenen Haushaltseinkommens ist mit zunehmendem Alter und bei den Arbeitslosen zu beobachten.
- (3) *Gesamtdeutsche Einstellungsmuster* lassen sich nur in einem speziellen Sinne herauskristallisieren. Bei bestimmten sozialstrukturellen Merkmalen – wie Berufsprestige und „Beschäftigung im privaten Sektor“ – werden übereinstimmende Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland deutlich, allerdings sind genau diese Merkmale auch in den erfolgreicheren Transformationsländern Ungarn und Tschechien einstellungsrelevant. Damit ist das, was auf den ersten Blick als Folge der Integration Ostdeutschlands interpretiert werden kann, ein Phänomen, das sich auch bei den anderen erfolgreicheren Transformationsländern einstellt.
- (4) Für die Existenz *post-sozialistischer Einstellungsmuster* in Ostdeutschland spricht vor allem der Unterschied zwischen allen post-sozialistischen Ländern und Westdeutschland bei den Alterseffekten. Das für Westdeutschland gültige Muster, daß ältere Befragte eher gegen wohlfahrtsstaatliche Interventionen und gegen Gleichheit sind, findet sich in dieser Form in den Transformationsgesellschaften nicht. Neben dieser post-sozialistischen Gemeinsamkeit fällt vor allem auch der Umschwung in den ordnungsbezogenen Einstellungen der Arbeitslosen zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten auf. Offenbar verbirgt sich dahinter eine für alle post-sozialistischen Gesellschaften typische Transformationserfahrung.
- (5) *Gesellschaftsübergreifende Einstellungsmuster* lassen sich vor allem bei den Frauen in den untersuchten Ländern ausmachen. Über den betrachteten Untersuchungszeitraum hinweg artikulieren Frauen stärker als Männer, daß ihr Haushaltseinkommen den subjektiven Bedarf deckt, und sie plädieren stärker für wohlfahrtsstaatliche Intervention und Gleichheit.
- (6) Generell zeigen die Ergebnisse, daß der Verlauf der Transformation eine zentrale Rolle für die Ausbildung von Einstellungen zur sozialen Un-

gleichheit spielt. Dies wird an einer Reihe von Gemeinsamkeiten der erfolgreichen Transformationsländer Tschechien, Ungarn und Ostdeutschland deutlich. In diesem Zusammenhang ist auf die Rolle des Berufsprestiges und des Beschäftigungssektors für ordnungsbezogene Einstellungen hinzuweisen. Zum einen sind es offenbar die Gewinner der Transformation, die sich gegen eine staatliche Arbeitsplatzgarantie, gegen staatliche Mindestsicherung und gegen das Gleichheitsprinzip aussprechen. Gerade diese Personengruppe scheint ein Träger der neuen „marktwirtschaftlichen Ideologie“ zu sein. Zum anderen ist als Folge struktureller Besonderheiten die für Rußland und Bulgarien typische Trennung von privatem und öffentlichem Sektor in den erfolgreicheren Transformationsgesellschaften nicht einstellungsrelevant.

6. Fazit

Im Unterschied zum bisher üblichen Vorgehen in der bundesdeutschen Transformationsforschung ging es in diesem Beitrag zunächst darum, die Analyse von Einstellungen zur sozialen Ungleichheit entlang einer Systematik von Einstellungsbereichen vorzunehmen. Die Ergebnisse zeigen, daß eine Unterscheidung von ergebnis- und ordnungsbezogenen Einstellungen deshalb sinnvoll erscheint, weil damit bestimmte Unklarheiten bei der Interpretation von innerdeutschen Einstellungsunterschieden beseitigt werden können. Zentrales Ergebnis war hier, daß bei ergebnisbezogenen Einstellungen auf der Aggregatsebene von einer rascheren Anpassung der beiden Landesteile gesprochen werden kann. Zusätzlich zeigten sich deutliche Parallelen zu Tschechien und Ungarn. Es korrespondieren offenbar also die ergebnisbezogenen Einstellungen zur sozialen Ungleichheit mit der sozio-ökonomischen Lage der untersuchten Gesellschaften.

Gleichzeitig war diese Analyse davon geleitet, einer der zentralen Eigenarten der osteuropäischen Transformation – der Zunahme sozialer Differenzierung – Rechnung zu tragen. Deshalb ging es gerade darum, die Frage nach Ähnlichkeiten oder Unterschieden in den Einstellungen nicht auf der Grundlage aggregierter Daten zu beantworten. Es konnte gezeigt werden, daß insbesondere bei ordnungsbezogenen Einstellungen Unterschiede im wesentlichen auf das Antwortverhalten spezifischer sozialstruktureller Gruppen zurückzuführen sind. Dies kann als Beleg dafür gelten, daß der bundesdeutsche Institutionentransfer und die sozialstruk-

turellen Anpassungsprozesse letztlich eine Angleichung von Einstellungsmustern begünstigen.

Schließlich sollte deutlich gemacht werden, daß die Entwicklung von Einstellungen in Ostdeutschland nur aus einer „doppelten Vergleichsperspektive“ angemessen zu erfassen ist. Damit konnten die beiden in der Transformationsforschung diskutierten Erklärungsansätze – „Sozialisation“ und „Erfahrung“ – auf eine breitere und differenziertere Basis gestellt werden. Dabei sind unsere Ergebnisse aber alles andere als eindeutig. Zunächst gilt, daß die Sozialisationshypothese – wenn überhaupt – nur für ordnungsbezogene Einstellungen zur sozialen Ungleichheit gelten kann. Denn nur hier finden wir Ost-West-Unterschiede, die auch nach der Kontrolle sozialstruktureller Merkmale bestehen bleiben. Gleichwohl finden wir keine in der Form stabilen Alterseffekte, wie dies aus der Sicht der Sozialisationshypothese zu erwarten wäre. Demgegenüber legen die Parallelen in den Antwortmustern der ostdeutschen Befragten mit denen in den erfolgreichen Transformationsländern und die „Sondermentalitäten“ beispielsweise bei den ostdeutschen Bildungseliten den Schluß nahe, daß die Erfahrung im Transformationsprozeß – auch für ordnungsbezogene Einstellungen – eine wesentliche Bestimmungsgröße ist. Damit wird klar, daß es bei der Erklärung innerdeutscher Einstellungsunterschiede nicht um die Frage „Erbe“ oder „Erfahrung“ gehen kann. Denn „Sozialisation“ und „Erfahrung“ sind offenbar zusammen genommen die beiden Bestimmungsgründe, die die Einstellungen zur sozialen Ungleichheit für jeweils bestimmte soziale Gruppen der ostdeutschen Gesellschaft prägen.

Insbesondere vor dem Hintergrund einer allzu oft vorgenommenen Generalisierung heben unsere Ergebnisse hervor, daß wir es bei den Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ostdeutschland nicht

mit einem homogenen Gebilde zu tun haben. „Gesamtdeutsche Einstellungen“, „post-sozialistische Einstellungen“ und „Sondermentalitäten“ haben jeweils ihre spezifischen Trägergruppen. Genau in dieser differenzierteren Betrachtung liegt auch der Vorzug, der hier eingenommenen doppelten Vergleichsperspektive. Denn damit wird deutlich, daß ostdeutsche Einstellungen zur sozialen Ungleichheit das Ergebnis eines Integrations- und eines Transformationsprozesses sind. Die seit der Vereinigung in Ostdeutschland ablaufenden sozialen Differenzierungsprozesse haben offenbar eine Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Einstellungsmuster zur Folge.

Doch wie steht es nun mit der eingangs genannten Behauptung, die neue Bundesrepublik sei – in welchem Ausmaß auch immer – „östlicher“ geworden? Bei den ergebnisbezogenen Einstellungen zur sozialen Ungleichheit beobachten wir starke Ähnlichkeiten zwischen den Befragten in den neuen und alten Bundesländern. In dem Maße, wie sich die faktischen Lebensbedingungen angleichen, findet hier offensichtlich ein Annäherung des Einstellungsverhaltens statt. Die Ergebnisse zu den ordnungsbezogenen Einstellungen machen klar, daß insbesondere in Ostdeutschland die Einstellungsunterschiede zu den osteuropäischen Nachbarländern nicht prinzipieller Natur sind. Gerade dort, wo es um die normativen Grundlagen der gesellschaftlichen Allokations- und Distributionsprozesse geht, scheinen vielmehr größere Ähnlichkeiten zwischen Ostdeutschland und seinen östlichen Nachbarn zu bestehen. Versteht man also die Forderung nach einer staatlichen Arbeitsplatzgarantie, einem garantierten Lebensstandard und einem gewissen Maß an Gleichheit in der Güterverteilung als ein „östliches“ Einstellungsmuster, so ist die neue Bundesrepublik in der Tat „östlicher“ geworden.

Anhang

Beschreibung der verwendeten Variablen

Ergebnisbezogene Einstellungen zur sozialen Ungleichheit

Ausmaß der gesellschaftlichen Einkommensungerechtigkeit

„Jetzt möchten wir gerne erfahren, wieviel man in bestimmten Berufen Ihrer Meinung nach durchschnittlich verdient. Denken Sie einmal an einen Vorstandsvorsitzenden eines großen Unternehmens und an einen ungelernten Arbeiter, z.B. einen Hilfsarbeiter am Fließband auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik.“

- Was glauben Sie, verdient ein Vorstandsvorsitzender eines großen Unternehmens auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik durchschnittlich netto im Monat? (Ist-Einkommen in DM)
- Und was wäre ein gerechtes monatliches Netto-Einkommen für einen Vorstandsvorsitzenden eines großen Unternehmens? (Soll-Einkommen in DM)

- Die andere Situation: Was, glauben Sie, verdient ein ungelernter Arbeiter, z.B. ein Hilfsarbeiter am Fließband auf dem Gebiet der westlichen Bundesländer, also der alten Bundesrepublik durchschnittlich netto im Monat? (Ist-Einkommen in DM)
- Und was wäre ein gerechtes monatliches Netto-Einkommen für einen ungelernten Arbeiter, z.B. einen Hilfsarbeiter am Fließband?“ (Soll-Einkommen in DM)

Operationalisierung: Addition der Absolutbeträge der Gerechtigkeitsbewertungen der Einkommen eines Vorstandsvorsitzenden und eines ungelernten Arbeiters. Die Einkommensbewertungen J wurden rekonstruiert als

$$J_{ij} = \ln \left(\frac{A_{ij}}{C_{ij}} \right),$$

wobei A das faktische Einkommen und C das als gerecht empfundene Einkommen ausdrückt.

Haushaltseinkommen deckt den Bedarf

„Wie hoch ist das monatliche Netto-Einkommen Ihres Haushaltes insgesamt? Gemeint ist die Summe, die sich ergibt aus Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Rente oder Pension, jeweils nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Rechnen Sie auch bitte die Einkommen aus Vermietung, Verpachtung und Einkünfte aus öffentlichen Beihilfen, z.B. Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe oder sonstige Einkünfte hinzu.“ (Faktisches Haushaltseinkommen)

„Wieviel, glauben Sie, würde Ihr Haushalt monatlich etwa benötigen?“ (Benötigtes Haushaltseinkommen)

Operationalisierung: Entsprechend der oben angeführten Gleichung. A ist jedoch hier das tatsächliche Einkommen und C das benötigte Haushaltseinkommen. Beträge kleiner als 0 bedeuten, das Haushaltseinkommen deckt nicht den Bedarf, Beträge größer 0 spiegeln eine Situation wieder, bei denen die Befragten der Meinung sind, ihr Haushalt würde über ein Einkommen verfügen, das ihren Bedarf übersteigt.

Ordnungsbezogene Einstellungen zur sozialen Ungleichheit

Wohlfahrtsstaatliche Intervention

„Hier sind jetzt einige Aussagen zur Rolle des Staates in Wirtschaftsfragen in Deutschland. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie voll zustimmen, etwas zustimmen, ob Sie weder zustimmen noch ablehnen, oder ob Sie etwas ablehnen oder ganz ablehnen (1 = lehne ganz ab ... 5 = stimme voll zu).

- Der Staat soll für alle einen Mindestlebensstandard garantieren
- Der Staat soll für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen“ *Operationalisierung:* Faktorscores der beiden Variablen.

Gleichheit

„Hier sind jetzt einige Aussagen über Einkommen und Vermögen. Bitte geben Sie an, ob Sie ihnen: voll zustimmen, etwas zustimmen, ob Sie weder zustimmen noch ablehnen, oder ob Sie etwas ablehnen oder ganz ablehnen (1 = lehne ganz ab ... 5 = stimme voll zu).

- Die gerechteste Art Einkommen und Vermögen zu verteilen wäre, allen gleiche Anteile zu geben
- Es ist nur ein Zufall, daß einige Menschen begabter sind als andere; sie sollten deswegen keinen Anspruch auf ein höheres Einkommen haben.“

Operationalisierung: Faktorscores der beiden Variablen.

Unabhängige Variablen

<i>Ostdeutschland</i>	Dummy-Kodierung (1 = Ostdeutschland; alle übrigen = 0)
<i>Westdeutschland</i>	Dummy-Kodierung (1 = Westdeutschland; alle übrigen = 0)
<i>Mittelosteuropa</i>	Dummy-Kodierung (1 = Tschechien und Ungarn; alle übrigen = 0)
<i>Geschlecht</i>	Geschlecht der Befragten (Dummy-Kodierung: Frauen = 1, Männer = 0)
<i>Alter</i>	Alter der Befragten in Jahren

<i>Bildung</i>	Bildungsstand der Befragten nach CASMIN, sechs Stufen von „ohne abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung“ (1) bis „Universitätsabschluß“ (6)
<i>Berufsprestige</i>	Berufsprestige nach Treiman
<i>Privatwirtschaft</i>	Beschäftigung in der Privatwirtschaft (Dummy-Kodierung: Privatwirtschaft = 1, alle anderen = 0)
<i>Arbeitslos</i>	Zum Untersuchungszeitpunkt von Arbeitslosigkeit betroffen (Dummy-Kodierung: Arbeitslosigkeit = 1, Übrige Befragte = 0)
<i>Nicht erwerbstätig</i>	Zum Untersuchungszeitpunkt nicht erwerbstätig und nicht arbeitslos (Dummy-Kodierung: Nichterwerbstätige = 1, übrige Befragte = 0).

Literatur

- Alwin, D. F. / Wegener, B., 1995: Methods of the International Social Justice Project. S. 321–330 in Kluegel, J. R./Mason, D. S. / Wegener, B. (Hrsg.), *Social Justice and Political Change: Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States*. New York: de Gruyter.
- Andorka, R., 1992: Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozesse in Ungarn im Lichte soziologischer Forschungsergebnisse. S. 201–219 in Thomas, M. (Hrsg.), *Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Erfahrungen – Ansätze – Analysen*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Angel, M. C. / Rands, T., 1996: The World They Have Lost: An Assessment of Change in Eastern Europe. *Social Research* 63: 369–402.
- Arzheimer, K. / Klein, M., 1997: Die friedliche und die stille Revolution. S. 37–61 in O. W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Bauer, P., 1991: Politische Orientierungen im Übergang: Eine Analyse politischer Einstellungen der Bürger in West- und Ostdeutschland 1990/91. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43: 433–453.
- Braun, M., 1993: Ideologie oder objektive Lage? Anmerkungen zur Interpretation von Unterschieden und Ähnlichkeiten in den Einstellungen von Ost- und Westdeutschen. *ZUMA-Nachrichten* 32: 7–21.
- Braun, M., 1998: Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat: Einstellungswandel in Ost- und Westdeutschland. S. 115–138 in Braun, M. / Mohler, P. (Hrsg.), *Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Braun, M. / Borg, I., 1998: Arbeitsmotive 1991. S. 87–104 in Meulemann, H. (Hrsg.), *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Braun, M. / Kolosi, T., 1994: Wandel der Einstellungen zu sozialer Ungleichheit in Deutschland und Ungarn. S. 41–71 in Braun, M. / Mohler, P. (Hrsg.), *Blickpunkt Gesellschaft 3. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bulmahn, T., 1996: Sozialstruktureller Wandel: Soziale Lagen, Erwerbsstatus, Ungleichheit und Mobilität. S. 25–51 in Zapf, W./Habich, R. (Hrsg.), *Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland*. Berlin: Sigma.
- Christoph, B. / Jardin, G. / Lippl, B. / Stark, G. / Wegener, B., 1997: Dokumentation für den deutschen Teil des International Social Justice Project. Replikation 1996. ISJP Arbeitsbericht Nr. 37. Humboldt-Universität zu Berlin.
- Cornia, G., 1996: Public Policy and Welfare Conditions During the Transition: an Overview. *MOCT-MOST* 6: 1–17.
- Domanski, H., 1996: Distribution of Incomes in Eastern Europe. *International Journal of Comparative Sociology*. 38/3–4: 249–269.
- Elster, J. / Offe, C. / Preuss, U. K., 1998: Institutional Design in Post-communist Societies. *Rebuilding the Ship at Sea*. Cambridge: University Press.
- Evans, G., 1997: Class inequality and the formation of political interests in Eastern Europe. *Archiv für Sozialwissenschaften* 38: 207–234.
- Feist, U., 1991: Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen: Eine Analyse aus Anlaß der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11/12: 21–32.
- Fomin, E., 1995: Institutionen der sozialen Sicherung im post-sozialistischen Rußland: Situation und Wandlungsprozesse im Jahre 1994. *Forschungsbericht der Arbeitsgruppe Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern an der Humboldt-Universität zu Berlin*. Heft 2.
- Fuchs, D., 1997: Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. S. 81–114 in Gabriel, O. W. (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich.
- Fuchs, D. / Roller, E. / Weßels, B., 1997: Die Akzeptanz der Demokratie des vereinten Deutschlands. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51: 3–12.
- Geißler, R., 1996: Von der realsozialistischen zur sozialstaatlichen Struktur der sozialen Ungleichheit. Umbrüche im ostdeutschen Ungleichheitsgefüge. S. 289–302 in Diewald, M. / Mayer, K. U. (Hrsg.), *Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Strukturwandel und Mobilität im Transformationsprozeß*. Opladen: Leske + Budrich.
- Genov, N., 1998: Transformation and Anomie: Problems of Quality of Life in Bulgaria. *Social Indicator Research* 43: 197–209.
- Grapard, U., 1997: Theoretical Issues of Gender in the Transition from Socialist Regimes. *Journal of Economic Issues*. Volume 26/3: 665–686.

- Gross, J., 1997: Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts. Berlin: Ullstein.
- Gubin, O. / Kostiouchenko, O., 1997: Sociology in Russia: Studies in Social Stratification. Sociological Forum 12: 135–142.
- Häder, M., 1998: Erziehungsziele 1992–1996. S. 197–212 in Meulemann, H. (Hrsg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Hanley, E. / Szelenyi, I., 1998: Changing social structure during market transition: the case of Central Europe. Paper prepared for the Colloquium at the Max-Planck-Institut for Human Development. Berlin: Center for Sociology and the Study of the Life Course.
- Hauser, R., 1999: Die Entwicklung der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten und neuen Bundesländern. Aus Politik und Zeitgeschichte 18: 3–9.
- Hauser, R. / Wagner G., 1997: Die Einkommensverteilung in Ostdeutschland: Darstellung und Determinanten im Vergleich zu Westdeutschland für die Jahre 1990 bis 1994. S. 11–62 in Glatzer, W. / Kleinhenz, G. (Hrsg.), Wohlstand für alle? Opladen: Leske + Budrich.
- Höpken, W., 1995: Bulgarien. S. 191–208 in Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Schriftenreihe Band 329. Gütersloh: Bertelsmann.
- Illner, Michael, 1998: The Changing Quality of Life in a Post-Communist Country: The Case of Czech Republic. Social Indicator Research 43: 141–170.
- Ionin, L., 1995: Kultur und Sozialstruktur. S. 229–255 in Wielghos, J. (Hrsg.), Russische Metamorphosen. Aufsätze zu Politik, Alltag und Kultur. Berlin: GSFP.
- Jasso, G., 1978: On the Justice of Earnings. American Journal of Sociology 83: 1398–1419.
- Jasso, G., 1999: How Much Injustice Is There in the World? Two New Justice Indexes. American Sociological Review 64: 133–168.
- Jasso, G. / Wegener, B., 1997: Methods for Empirical Justice Analysis. Part 1. Frameworks, Models, and Quantities. Social Justice Research 10: 393–430.
- Kaase, M., 1993: Innere Einheit. S. 372–383 in Weidenfeld, W. / Korte, K.-R. (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit. Frankfurt am Main: Campus.
- Kaase, M. / Bauer-Kaase P., 1998: Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990–1997. S. 151–267 in Meulemann, H. (Hrsg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Kluegel, J. / Mason, D. / Wegener, B., (Hrsg.), 1995: Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States. New York: Aldine/de Gruyter.
- Küchler, M., 1998: Vereint und doch getrennt? S. 291–300 in H. Meulemann (Hrsg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Linz, J. J. / Stepan, A., 1996: Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Baltimore: John Hopkins.
- Liebig, S. 1997: Soziale Gerechtigkeitsforschung und Gerechtigkeit in Unternehmen. Mering: Hampp.
- Macków, J., 1999: Die Voraussetzungen demokratischer Entwicklung in Mittel-, Nordost-, Südost- und Osteuropa. Aus Politik und Zeitgeschichte 3/4: 3–17.
- Mayer, K. U., 1996: Lebensverläufe und Transformation in Ostdeutschland – eine Zwischenbilanz. S. 329–345 in Diewald, M. / Mayer, K. U. (Hrsg.), Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Strukturwandel und Mobilität im Transformationsprozeß. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, W., 1993: Restriktionen und Chancen demokratischer Konsolidierung in post-kommunistischen Gesellschaften. Ostmitteleuropa im Vergleich. Berliner Journal für Soziologie 4: 463–484.
- Mikhalev, V., 1996: Social Security in Russia under Economic Transformation. Europe-Asia Studies. Volume 48/1: 5–25.
- Milanovic, B., 1996: Income, Inequality and Poverty During the Transition: A Survey of the Evidence. MOCT-MOST 6: 131–147.
- Misztal, B., 1996: Postcommunist ambivalence: becoming a new formation? Europäisches Archiv für Soziologie 1: 104–140.
- Müller, K., 1998: Postsozialistische Krisen. S. 177–249 in Müller, K. (Hrsg.), Postsozialistische Krisen: theoretische Ansätze und empirische Befunde. Opladen: Leske + Budrich.
- Noll, H.-H., 1998: Wahrnehmung und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit 1991–1996. S. 61–87 in Meulemann, H. (Hrsg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Nuti, D. M., 1996: Fighting Unemployment in Transitional Economies. MOCT-MOST 6: 39–55.
- OECD. Center for the Co-Operation with the Economies in Transition, 1996: Economic Surveys 1995/96: The Czech Republic. Paris: OECD.
- OECD. Center for the Co-Operation with the Economies in Transition, 1997: Economic Surveys 1996/97: Bulgaria. Paris: OECD.
- OECD. Center for the Co-Operation with the Economies in Transition, 1998: Economic Surveys 1997/98: Czech Republic. Paris: OECD.
- OECD. Center for the Co-Operation with the Economies in Transition, 1999: Economic Surveys 1998/99: Bulgaria. Paris: OECD.
- Offe, C., 1994: Der Tunnel am Ende des Lichts: Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt am Main: Campus.
- Offe, C., 1997: Varieties of Transition. The East European and East German Experience. Cambridge: MIT Press.
- Pickel, G., 1998: Eine ostdeutsche „Sonder“-mentalität acht Jahre nach der Vereinigung? Fazit einer Diskussion um Sozialisation und Situation. S. 157–177 in Pickel, S. / Pickel, G. / Walz, D. (Hrsg.), Politische Einheit – kultureller Zwiespalt? Frankfurt am Main: Lang.
- Pickel, S. / Pickel, G. / Walz, D., 1998: Politische Kultur,

- Politische Unterstützung, Einstellungen und Wahlverhalten im Osten Deutschlands. S. 11–15 in Pickel, S. / Pickel, G. / Walz, D. (Hrsg.), *Politische Einheit – kultureller Zwiespalt?* Frankfurt am Main: Lang.
- Pollack, D., 1996: Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen. Untersuchungen zu den ostdeutschen Transformationsprozessen in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, der Zeitschrift für Soziologie und der Sozialen Welt. *Soziologische Revue* 19: 412–429.
- Pollack, D., 1998: Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Problem. S. 301–319 in Meulemann, H. (Hrsg.), *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Pollack, D. / Pickel, G., 1998: Die Ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 41/42: 9–23.
- Quaisser, W., 1997: Strategieansätze und Ergebnisse des Übergangs der mittel- und osteuropäischen Länder zur Marktwirtschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44/45: 3–15.
- Reißig, R., 1994: Transformation – theoretisch – konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche. *Berliner Journal für Soziologie* 4: 323–343.
- Reißig, R., 1995: Transformationsforschung – kritische Bilanz und notwendiger Perspektivenwechsel. *Berliner Debatte INITIAL* 4/5: 179–189.
- Reißig, R., 1997: Der ostdeutsche Transformationsprozess: Prämissen – Bilanzen – Schlußfolgerungen. *BISS public*. Heft 21/22: 41–58.
- Roller, E., 1997: Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung. S. 115–146 in Gabriel, O. W. (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich.
- Rose, R. / Haerpfer, C., 1996: The Impact of the Ready-made State. Die privilegierte Position Ostdeutschlands in der postkommunistischen Transformation. S. 105–140 in Wiesenenthal, H. (Hrsg.), *Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*. Frankfurt am Main: Campus.
- Rutkowski, M., 1996: Labour Market Policies in Transition Economies. *MOCT-MOST* 6: 19–38.
- Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1997: Jahresgutachten 1997/98. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Seifert, W., 1996: Systemunterstützung und Systembewertung in Ostdeutschland und anderen osteuropäischen Transformationsstaaten. S. 309–329 in Zapf, W. / Habich, R. (Hrsg.), *Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland*. Berlin: Edition Sigma.
- Spéder, Z. / Schultz, A. / Habich, R., 1997: Soziale Ungleichheit in der ostmitteleuropäischen Transformation. S. 335–408 in Glatzer, W. / Kleinhenz, G. (Hrsg.), *Wohlstand für alle?* Opladen: Leske + Budrich.
- Standing, G., 1996: Social Protection in Central and Eastern Europe: A Tale of Slipping Anchors and Torn Safety Nets. S. 225–255 in Esping-Andersen, G. (Hrsg.): *Welfare States in Transition. National Adaptions in Global Economies*. London: Sage.
- Trappe, H., 1997: Transformation der Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen? S. 163–181 in Corsten, M. / Voelzkow, H. (Hrsg.), *Transformation zwischen Markt, Staat und Dritten Sektor*. Marburg: Metropolis.
- Veen, H.-J., 1997: Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40/41: 19–28.
- Verwiebe, R., 1999: Soziale Ungleichheit und das Gerechtigkeitsdefizit der Einkommensverteilung in Osteuropa. *ISJP-Arbeitsbericht* Nr. 61. Institut für Sozialwissenschaften. Humboldt-Universität Berlin.
- Walz, D. / Brunner, W., 1997: Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51: 13–19.
- Wegener, B., 1992: Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen, *Zeitschrift für Soziologie* 21: 269–283.
- Wegener, B. / Liebig, S., 1998: Gerechtigkeitsideologien 1991–1996. S. 25–59 in Meulemann, H. (Hrsg.), *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Westle, B., 1994: Demokratie und Sozialismus: politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46: 571–596.
- Westle, B., 1997: Einstellungen zur Nation und den Mitbürgern. S. 61–80 in Gabriel, O. W. (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich.
- Wiesenenthal, H., 1996: Die Transition Ostdeutschlands: Dimensionen und Paradoxien eines Sonderfalls. S. 10–38 in Wiesenenthal, H. (Hrsg.), *Einheit als Privileg: Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*. Frankfurt am Main: Campus.
- Wiesenenthal, H., 1997: Probleme der Transformationssteuerung – Eine Perspektive politikwissenschaftlicher Forschung. S. 239–253 in Wielghos, J. / Wiesenenthal, H. (Hrsg.), *Einheit und Differenz. Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive*. Frankfurt am Main: Campus.
- Zapf, W. / Habich, R., 1996: Die Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. S. 11–24 in Zapf, W. / Habich, R. (Hrsg.), *Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität*. Berlin: Edition Sigma.
- Zaslavskaja, T., 1997: Social Structure in Russia in the Process of Transformation. *Sisyphus. Social Studies* X: 119–148.
- Zelle, C., 1998: Soziale und liberale Wertorientierungen: Versuch einer situativen Erklärung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 41/42: 24–36.